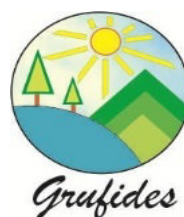


Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffsektor



Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Schermenweg 154
3072 Ostermundigen
Schweiz
www.gfbv.ch | info@gfbv.ch | 031 939 00 00
PC-Konto: 30-27759-7

Grufides
Jr. Cruz de Piedra N° 441
Cajamarca
Peru
www.grufides.org | observatorio.conflictos@grufides.pe | +00 51 76 342082

Über die Autoren:

Die **Nationale Koordinationsstelle für Menschenrechte** (Coordinadora Nacional de Derechos Humanos, CNDDHH) in Peru ist eine Koalition aus 81 zivilgesellschaftlichen Körperschaften und Organisationen, die sich für die Verteidigung, Förderung und Ausbildung der Menschenrechte in Peru einsetzt. Sie lehnt jegliche Art von Gewalt ab, ist vom Staat und den politischen Parteien unabhängig und setzt sich für eine demokratische Gesellschaft ein. Die Nationale Koordinationsstelle hat beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO beratenden Status und ist für die Teilnahme an Aktivitäten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) akkreditiert.

Menschenrechte ohne Grenzen (Derechos Humanos Sin Fronteras, DHSF) ist eine Menschenrechtsorganisation, welche durch die Befreiungstheologie inspiriert worden ist, das Leben und die Umwelt fördert und verteidigt und die kulturelle Vielfalt anerkennt und schätzt. DHSF ist in den höheren Provinzen von Cusco tätig, wo die wirtschaftliche Entwicklung die Lebensweisen der Campesinos erheblich beeinflusst.

Die **Bildungsgruppe für nachhaltige Entwicklung** (Grupo de formación e intervención para el desarrollo sostenible, GRUFIDES) ist eine peruanische nicht-profitorientierte Nichtregierungsorganisation, welche in der Region Cajamarca aktiv ist. Sie interveniert auf makroregionaler Ebene im Bereich der Menschenrechte, der nachhaltigen Entwicklung, der Gleichberechtigung und der solidarisch wirtschaftlichen Entwicklung. Die NGO setzt sich für eine rechtsstaatliche, demokratische, gerechte und interkulturelle Gesellschaft ein. Grufides verwirklicht ihre Ziele basierend auf den Prinzipien der Wertschätzung, der Dienstleistung, des Pluralismus und der kulturellen, religiösen, politischen und ideologischen Toleranz.

Die **Gesellschaft für bedrohte Völker** (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und vertritt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat sowohl beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO als auch beim Europarat.

Foto Titelblatt: Der Toyota Pickup mit dem Autokennzeichen A7K-918 ist auf die Minenbetreiberin Minera Yanacocha registriert. Das Foto zeigt, wie mit dem Pickup der privaten Firma Einheiten der peruanischen Nationalpolizei transportiert werden (GRUFIDES).

Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung und Zusammenfassung	4
2	Der Rohstoffabbau in Peru	8
3	Die Verträge der Rohstofffirmen mit der Nationalpolizei in Peru	9
3.1	Gesetzliche Grundlagen für die Verträge in Peru.....	9
3.2	Inhalt der Verträge.....	10
3.3	Konflikte mit Firmen, die Verträge eingegangen sind.....	12
3.3.1	Konflikte mit Minera Yanacocha	12
3.3.2	Konflikte mit Xstrata Tintaya.....	13
3.3.3	Konflikte mit Antamina	16
3.3.4	Konflikte mit Sulliden Shahuindo.....	17
3.3.5	Konflikte mit Gold Fields La Cima	18
3.3.6	Konflikte mit Santa Luisa.....	19
3.4	Problematik der Verträge.....	19
4	Internationale Vereinbarungen zu indigenen Völkern, Rohstoffabbau und Menschenrechten....	20
4.1	Internationale Gesetzesrahmen für die indigenen Völker und das freie, informierte und vorherige Einverständnis	20
4.2	Die Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte	21
4.3	Die Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte.....	22
5	Die Verantwortung der Schweiz.....	23
5.1	Politische Verantwortung.....	23
5.2	Wirtschaftliche Verantwortung	24
6	Forderungen.....	25
7	Annex: Informationen und detaillierter Vergleich der Verträge zwischen der Nationalpolizei Perus, dem Militär und den Minenunternehmen	

1 Einführung und Zusammenfassung

Im Schatten der BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) entwickelte sich Peru zu einer prosperierenden Nation. Das rohstoffreiche Land erzielt Wachstumsquoten, von denen die traditionellen Industrienationen nur noch träumen. Die angestiegenen Rohstoffpreise füllen die Staatskasse, und insbesondere dank der hohen Rohstoffpreise lohnt sich der Ausbau der Rohstofffirmen weit abseits der traditionellen Industrieorte in den Anden oder in den Amazonaswäldern.

Doch diese wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist mit wachsenden Problemen verbunden: Die Proteste der Bevölkerung gegen die Minen haben zugenommen. Damit nimmt auch der Druck der Firmen und der Regierung auf die Bevölkerung zu, was sich in der zunehmenden Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen äussert. So wurde Óscar Mollohuanca, Bürgermeister von Espinar in der Region Cusco, im Mai 2012 ohne richterliche Verfügung verhaftet. Ausserdem kam es zu blutigen Konflikten: So verloren bei Protesten gegen die Conga-Mine von Minera Yanacocha im Jahre 2012 fünf Personen ihr Leben, bei Protesten gegen Xstrata Tintaya drei. Auch bei Kundgebungen gegen die Firma Yanacocha in Cajamarca wurden Dutzende von Personen verletzt. Die Zerstörung der Natur und die Vergiftung der Umwelt und damit des Lebensraums der indigenen und lokalen Bevölkerung nehmen angesichts der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und der institutionellen Schwächen Perus ebenfalls massiv zu – auch unter dem neuen Präsidenten Ollanta Humala, der einst als Hoffnungsträger von vielen Campesinos¹ und bedürftigen Bürgerinnen und Bürgern mit indigenen Wurzeln gewählt wurde.

Wie sehr die Macht der Rohstofffirmen zugenommen hat, zeigen Verträge zwischen den Firmen und der peruanischen Nationalpolizei², die seit März 2013 bruchstückweise an die Öffentlichkeit gelangt sind. Zurzeit ist die Existenz von mindestens dreizehn Verträgen bekannt. Die Verträge wurden über Jahre hinweg geheim gehalten.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und die drei peruanischen Nichtregierungsorganisationen Grufides, Derechos Humanos sin Fronteras und Coordinadora Nacional de Derechos Humanos haben im vorliegenden Bericht die folgenden sieben Verträge zwischen Rohstofffirmen und der Nationalpolizei analysiert: Compañía Minera Antamina S.A., Compañía Minera Santa Luisa S.A., Gold Fields La Cima S.A., Minera Sulliden Shahuindo SAC, Minera Xstrata Tintaya S.A./BHP Tintaya S.A., Compañía Minera Coimolache und Minera Yanacocha SRL. In den Verträgen ist geregelt, dass die Rohstofffirmen sowohl eine ständige Bewachung durch die staatliche Polizei beantragen als auch umfangreiche Polizeieinheiten rufen können, sobald sie Proteste befürchten – beides gegen Bezahlung. Die Polizisten führen gemäss Vertrag regelmässige Patrouillengänge durch, um Gefahren „vorzubeugen, sie zu erkennen und zu neutralisieren“.³ Damit die Polizisten auch tatsächlich schnell vor Ort sind, leisten die Firmen zum Teil massive finanzielle und logistische Unterstützung. Durch die finanzielle Abgeltung erhalten die Polizisten einen Anreiz, im Interesse der Firmen zu handeln und Proteste mit Gewalt aufzulösen statt die Konflikte mit der Lokalbevölkerung zu lösen. Dies höhlt das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat aus, denn der staatliche Sicher-

¹ Als Campesinos werden die Nachfolger der indigenen Völker bezeichnet, die sich noch stark auf ihre Vorfahren, deren kulturellen und rituellen Bräuche und Traditionen berufen und einen engen Bezug zur Natur und dem eigenen Lebensraum haben. Im Zuge der Agrarreform in Peru im Jahr 1969 gab es einen Begriffswechsel: Die als abwertend empfundene Bezeichnung „Indio“, wurde mit dem als würdevoller angesehenen Begriff „Campesino“ ersetzt.

<http://www.revistadeele.com/ideele/content/%C2%BFde-campesino-ind%C3%ADgena> (17.10.2013).

² Für den spanischen Begriff „Policía Nacional del Perú“ wird in diesem Bericht der deutsche Ausdruck Nationalpolizei verwendet.

³ Auf Spanisch im Original: Prevenir, detectar y neutralizar.

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

heitsdienst vertritt damit die Interessen der Rohstofffirmen gegenüber der lokalen Bevölkerung, statt ihr Schutz vor Übergriffen zu garantieren. Die dramatischste Folge ist, dass damit die Firmen das Gewaltmonopol des Staates unterwandern und der Staat seine Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger gemäss den Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte der UNO zu schützen, verletzt. Zudem setzen sich die staatlichen Sicherheitskräfte aufgrund der Verträge dem Vorwurf aus, wie private Sicherheitskräfte zu handeln. Durch die Verträge machen sich die Rohstofffirmen mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen, die von Sicherheitskräften begangen werden, während sie für die Firmen im Einsatz sind. Der achte in diesem Bericht analysierte Vertrag, zwischen dem Rohstoffunternehmen Minera Afrodita und dem peruanischen Militär, zeigt auf, dass die entsprechende Problematik auch mit militärischen Einheiten existiert.

Auch Unternehmen mit Sitz in der Schweiz sind in den Abbau von Rohstoffen in Peru involviert: So besitzt die schweizerisch-britische Glencore Xstrata die Tintaya-Mine und zu einem Drittel das Minenunternehmen Antamina. Beide Minen haben Verträge mit der Polizei unterzeichnet. In der Schweiz wird zudem rund die Hälfte des in Peru produzierten Goldes verarbeitet – so auch ein grosser Teil des Goldes des peruanischen Minenunternehmens Minera Yanacocha. Auch dieses Unternehmen hat einen geheimen Vertrag mit der Polizei abgeschlossen.

Für die peruanische Regierung ist die Rohstoffförderung von zentraler Bedeutung. Sie ist daher versucht, Konzessionen ohne Einverständnis der betroffenen Bevölkerung, welche die Konsequenzen wie z.B. Umweltschäden tragen muss, zu vergeben. Dies verschärft bereits bestehende soziale Konflikte und schürt neue, was einerseits der Regierung Probleme bereitet und andererseits die Investitionen der Rohstofffirmen gefährdet.

Aufgrund der weltweit zunehmenden Zahl gewaltsamer Konflikte um den Rohstoffabbau haben im Jahre 2000 vier Länder die Initiative *Freiwillige Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte*⁴ gegründet, mit dem Ziel solche Konflikte künftig zu verhindern. Die Schweiz präsidiert seit März 2013 für ein Jahr diese Initiative. Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass freiwillige Vereinbarungen nicht genügen. Die blutigen Konflikte um Minera Yanacocha, die sich den Freiwilligen Prinzipien verpflichtet hat, zeigen, dass diese Prinzipien nicht greifen. Das Beispiel Antamina zeigt, wie einfach die Prinzipien im Interesse der Rohstofffirmen missbraucht werden können und hauptsächlich als Feigenblatt dienen. So bescheinigt die Mitgliedschaft bei den Freiwilligen Prinzipien den Firmen aufgrund mangelnder Kontrolle eine weisse Weste, auch wenn sie dagegen verstossen.

Die Spirale der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und repressiven Gewalt um den Rohstoffabbau muss gestoppt werden. Es braucht verbindliche Massnahmen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der rohstoffproduzierenden und der rohstoffkonsumierenden Staaten, sowie aller in der Produktion und Verarbeitung involvierten Firmen. Ziel der Massnahmen muss die Einhaltung der Menschenrechte, einschliesslich des Mitbestimmungsrechts der betroffenen Bevölkerung, und die Reduktion der Umweltzerstörung sein.

Die Autoren dieses Berichts fordern daher:

- **von der Regierung Perus:**
 - Die Veröffentlichung aller Verträge zwischen den Rohstofffirmen und der peruanischen Nationalpolizei sowie des peruanischen Militärs und die Einleitung eines Prozesses zur Annullierung solcher Verträge.

⁴ Voluntary Principles on Security and Human Rights, www.voluntaryprinciples.org (13.11.2013).

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

- Die Unterzeichnung der Freiwilligen Prinzipien und die Ergreifung politischer Massnahmen zur friedlichen Lösung der Konflikte unter Einbezug aller betroffenen Bevölkerungsgruppen.
 - Die Respektierung der Rechte der Lokalbevölkerung, insbesondere ihr Recht auf das freie, informierte und vorherige Einverständnis.
 - Die Garantierung des Schutzes der Bevölkerung gemäss den Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte⁵ (State Duty to Protect).
 - Den Widerruf der Gesetze, welche friedliche Proteste kriminalisieren und die Einstellung der rechtlichen Verfolgung von regionalen Behörden und Führern von sozialen Organisationen und Umweltorganisationen.
 - Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich, wie im nationalen Kongress bereits gefordert wurde.⁶
- **von den Minenbetreibern:**
 - Sofortige Annullierung der Verträge mit der Nationalpolizei sowie dem peruanischen Militär.
 - Beginn echter Verhandlungen mit sämtlichen betroffenen Bevölkerungsgruppen unter Berücksichtigung des Rechts auf das freie, informierte und vorherige Einverständnis.
 - Entwicklung einer Unternehmenspolitik unter Einhaltung der Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte (Corporate Responsibility to Respect), welche der Einhaltung der Menschenrechte gegenüber den wirtschaftlichen Interessen Vorrang gibt.
- **von der Schweizer Regierung:**
 - Die Verankerung einer verbindlichen Sorgfaltspflicht (Due Diligence) für multinationale Unternehmen und die Schaffung eines Gesetzesrahmens, welcher Klagen der Betroffenen beim Sitz der Mutterfirma in der Schweiz zulässt.
 - Anstoss eines Reformprozesses während des Präsidiats und als Mitglied der Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte gemäss untenstehenden Forderungen an die Freiwilligen Prinzipien.
- **von den Verbrauchern der Rohstoffe:**
 - Entwicklung einer Einkaufspolitik, die nur noch Rohstoffe von Produzenten berücksichtigt, welche mit dem Einverständnis der Lokalbevölkerung gewonnen und ohne Menschenrechtsverletzungen hergestellt wurden. Die Produktion muss zudem hohe Umwelt- und Sozialstandards erfüllen und mit einem glaubwürdigen Rückverfolgungssystem (Chain of Custody) versehen sein.
- **von den Freiwilligen Prinzipien:**
 - Die Ächtung der direkten Finanzierung von Sicherheitskräften durch Rohstofffirmen.

⁵ Guiding Principles on Business and Human Rights.

⁶ www.congreso.gob.pe/congresista/2006/wcabrera/_mociones.asp?lg=20061&cg=05066&CurPage=2 (26.11.2013).

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

- Die Durchsetzung der Einhaltung der Prinzipien, insbesondere der friedlichen Lösung der Konflikte, die Verbesserung der Prinzipien und den Aufbau eines robusten Reporting- und Monitoringsystems mit Sanktionsmechanismen, an dem auch zivilgesellschaftliche Organisationen und die betroffene Bevölkerung teilhaben.
 - Schritte einleiten mit dem Ziel, dass die Freiwilligen Prinzipien verbindlich werden.
- **von den Vereinten Nationen:**
 - Konkrete Initiativen zur verbindlichen Umsetzung der Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte basierend auf der staatlichen Pflicht zum Schutz der Menschenrechte (State Duty to Protect), der unternehmerischen Verantwortung zur Respektierung der Menschenrechte (Corporate Responsibility to Respect) sowie dem Zugang der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu Beschwerde- und Wiedergutmachungsmechanismen (Access to Remedy).

2 Der Rohstoffabbau in Peru

Anfangs der Neunzigerjahre begann der damalige Präsident Perus, Alberto Fujimori, im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds eine neoliberal orientierte Politik für Peru zu entwickeln. Dazu gehörte die Förderung der reichlich vorkommenden Rohstoffe. Heute betreffen über 60% der Exportwerte Rohstoffe. Bei Silber liegt Peru an erster Stelle aller Produzentenländer, bei Kupfer auf Rang zwei und bei Gold auf Rang sechs. Im Jahr 2006 lag der Exportwert von Kupfer, Gold, Silber, Zink, Blei, Zinn und Eisenerz bei fast 15 Milliarden US\$ und hat sich damit innerhalb von dreizehn Jahren mehr als verzehnfacht. Im Jahre 2012 exportierte das Land Minengold im Wert von mehr als 9.5 Milliarden US\$, davon mehr als 5 Milliarden in die Schweiz.⁷ Damit wurde Gold das mit Abstand wertvollste Exportgut.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass die Exporterlöse und das Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren gestiegen sind. Es bedeutet aber auch, dass bis 2012 gegen 26 Millionen Hektaren Land oder fast 20% der Landoberfläche für Rohstoffabbau konzessioniert wurde.⁸ In der Region Cajamarca beispielsweise waren im Juni 2012 sogar 48.5% der Fläche minenkonzessioniert⁹, in der Region Cusco¹⁰ 21.3% und in der Region Ancash 53.3%.¹¹

Auf diesen riesigen konzessionierten Flächen lebt aber ein grosser Teil der Landbevölkerung, bestehend aus den Campesinos indigenen Ursprungs und zugewanderten Gruppierungen. Da sie von einer intakten Umwelt sowie vom Land- und Wasserzugang abhängig sind, führen die verschiedenen Ansprüche von Bewohnern und Firmen zu Konflikten. Wenn sich die Bewohner gegen die Aktivitäten der Rohstofffirmen wehren, bieten letztere die staatlichen Sicherheitskräfte auf, um ihr Minenareal zu schützen. Dabei gehen die Sicherheitskräfte oft brutal und unverhältnismässig hart gegen die Demonstranten vor und schrecken auch vor Waffengewalt nicht zurück. Die peruanische *Defensoría del Pueblo*, eine von der Regierung unabhängige Ombudsstelle für Menschenrechte, zählte in nur fünf Jahren, von 2006 bis 2011, 196 Todesfälle und 2,369 verletzte Personen im Zusammenhang mit Bodenschätzen.¹² Im September 2013 beschrieb sie 175 aktive Konflikte. Davon fielen 107 Fälle auf Konflikte um Bodenschätze und 19 wegen Abbau von fossilen Brennstoffen.¹³ Nur etwa bei der Hälfte dieser Konflikte hat die Regierung einen Dialogprozess eingeleitet.¹⁴

Hatte die Lokalbevölkerung die Firmen in den Neunzigerjahren noch offen empfangen und den Versprechungen der Firmen nach Entwicklung und Wohlstand geglaubt, sind heutzutage viele desillusioniert. Die Unternehmen respektieren weder die Rechte der lokalen Bevölkerung noch holen sie deren Zustimmung zu den Rohstoffprojekten ein. Statt mit mehr Wohlstand sieht sich die Lokalbevölkerung mit massiven Eingriffen in ihre Landschaft ohne Rücksicht auf ihre Traditionen, Enteignungen mit ungenügender Kompensation, der Reduktion des verfügbaren Wassers für die Landwirtschaft und vergiftetem Trinkwasser konfrontiert.

⁷ Reporte de Comercio Bilateral Perú-Suiza, II Trun-2013.

⁸ <http://www.cooperacion.org.pe/cooperacion-informa/cooperacion-presenta-su-qttercer-informe-nacional-de-concesiones-mineras-en-el-peru-2012q.html> (27.9.2013).

⁹ <http://www.cooperacion.org.pe/images/pdf/JUNIO2012/cajamarca2.pdf> (07.10.2013).

¹⁰ <http://www.cooperacion.org.pe/images/pdf/JUNIO2012/cusco2.pdf> (07.10.2013).

¹¹ <http://www.cooperacion.org.pe/images/pdf/JUNIO2012/ancash2.pdf> (07.10.2013).

¹² Decimosexto Informe Anual de la Defensoría del Pueblo, Enero-Diciembre 2012, S. 79.

¹³ Auf Spanisch: hidrocarburos.

¹⁴ Defensoría del Pueblo, Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013. <http://www.defensoria.gob.pe/temas.php?des=3#> (30.10.2013).

3 Die Verträge der Rohstofffirmen mit der Nationalpolizei in Peru

3.1 Gesetzliche Grundlagen für die Verträge in Peru

Die peruanische Gesetzgebung lässt in einem Dekret ausserordentliche zusätzliche Sicherheitsdienstleistungen durch die Polizei, wie sie in den Verträgen zwischen der Nationalpolizei und den Minenunternehmen festgelegt sind, zu. Neben den regulären polizeilichen Aktivitäten sollen damit die Polizeieinheiten der peruanischen Nationalpolizei Sonderleistungen zum Schutze öffentlicher und privater Objekte und Anlagen durchführen können.

Das Reglement¹⁵ zum Dekret¹⁶ vom 11. Juli 2009 legt die Normen und das Verfahren zu den ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen der Polizei fest. Diese Dienstleistungen können auf folgende zwei Arten ausgeübt werden: als institutionelle und als individualisierte ausserordentliche zusätzliche Dienstleistungen:¹⁷

Die *institutionellen* ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen erfordern die Unterzeichnung eines Vertrags zwischen dem Generaldirektor der Nationalpolizei und des um Schutz bittenden Subjekts. Für diese Dienstleistungen werden in der Regel Polizisten im normalen Dienst eingesetzt. Innerhalb der institutionellen ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen wird im Reglement wiederum zwischen *permanenten* und *gelegentlichen* Dienstleistungen unterschieden: Die *permanenten* institutionellen ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen dauern über eine festgelegte Zeitperiode. Die *gelegentlichen* institutionellen ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen des Polizeipersonals hingegen haben eine Dauer von einer bis acht Stunden und können sehr kurzfristig angefordert werden. Bei grösseren Vorkommnissen können auch weitere Polizeieinheiten eingesetzt werden.

Die *individualisierten* ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen werden hingegen durch Polizisten ausgeführt, die gerade frei oder Ferien haben. Diese Dienstleistungen unterliegen nicht der Unterzeichnung eines Vertrags mit der Nationalpolizei, sondern erfordern eine direkte Vereinbarung zwischen dem Polizisten, der den Dienst ausübt, und der natürlichen oder juristischen Person, welche die Dienstleistung anfordert.

Die ökonomische Gegenleistung für die Ausführung der ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen besteht aus zwei Komponenten: Jeder Polizist, der einen Einsatz leistet, erhält direkt durch das nutznliessende Subjekt, in der Regel die Rohstofffirma, eine Entschädigung bezahlt. Der Betrag wird jeweils im Anhang des Vertrages bestimmt. Diese finanzielle Entschädigung erhalten die Polizisten zusätzlich zu ihrem Lohn. Sie sei „weder entlöhnender Natur noch für die Pension berechenbar“ und ist nicht Bestandteil für die Berechnung der Sozialleistungen. Für die *institutionellen* Dienstleistungen erhält neben den einzelnen Polizisten auch die Polizeieinheit eine finanzielle Entschädigung. Die Höhe des Betrags wird in einem zweiten Anhang geregelt und soll der Deckung der logistischen oder administrativen Kosten dienen, die bei der Nationalpolizei durch die ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen anfallen.

¹⁵ Reglamento para la prestación de servicios extraordinarios complementarios a la función policial.

¹⁶ Decreto Supremo que aprueba el reglamento de prestación de servicios extraordinarios complementarios a la función policial, N° 004-2009-IN.

¹⁷ Übersichtstabelle zu den verschiedenen ausserordentlichen zusätzlichen Dienstleistungen:
http://www.estudiocontablerios.com/servicio_de_vigilancia_policial.html (24.09.2013).

3.2 Inhalt der Verträge

Am 12. April 2013 publizierte die peruanische Zeitung *Hildebrandt en sus trece* einen Artikel mit dem Titel *Söldnerpolizei* und beschuldigte die peruanische Nationalpolizei, mit mindestens 13 Rohstofffirmen geheime Verträge unterzeichnet zu haben.¹⁸ Die Autoren des vorliegenden Berichts analysieren auf den folgenden Seiten die sieben Verträge mit der Nationalpolizei und den Vertrag mit dem Militär. Alle Verträge, ausser derjenige mit Tintaya, wurden im Jahr 2009 oder später unterzeichnet, haben eine Gültigkeit von ein bis zwei Jahren und sind verlängerbar. Die Verträge mit Minera Yanacocha, Sulliden Shahuindo, Coimolache und Gold Fields La Cima enthalten eine explizite Geheimhaltungsklausel, welche die Polizei und ihr Personal zu einer vertraulichen Behandlung verpflichtet. Die anderen Verträge enthalten keine explizite Geheimhaltungsklausel, wurden aber mit Ausnahme des Vertrags mit Santa Luisa geheim gehalten.

Bezüglich des Vertrags zwischen der Nationalpolizei Perus und dem früheren Mineninhaber BHP Tintaya S.A.¹⁹ liegen den Autoren nicht der Vertrag selbst, sondern die Zusatzklauseln vor, in denen jeweils die Vertragsverlängerung und die finanziellen Entschädigungen festgehalten werden.²⁰ Dieser Vertrag trat am 1. März 2000 in Kraft und damit weit vor der Inkraftsetzung des im Kapitel 3.1 erwähnten Reglements. Aus den Zusatzklauseln geht hervor, dass der Vertrag bis zum Verkauf der Mine an Xstrata am 31. Mai 2006 18 mal verlängert wurde. Aufgrund der Korrespondenz vom 17. Oktober 2011 zwischen dem peruanischen Innenministerium und der Nichtregierungsorganisation Cooperación, die den Zusatzklauseln beigelegt war, schliessen die Autoren, dass auch nach dem Mai 2006 ein Vertrag zwischen Xstrata Tintaya und der Nationalpolizei existierte. Im Juni 2012 bat zudem die nationale Koordinationsstelle für Menschenrechte um Informationen über ein mögliches Vertragsverhältnis. Das peruanische Innenministerium bestätigte: „(...) das Rohstoffunternehmen Xstrata Tintaya S.A. und die Nationalpolizei von Peru haben einen Vertrag zur Leistung von polizeilichen Dienstleistungen komplementär zu den Polizeifunktionen am 16. Mai 2011 unterzeichnet, (...) und dass die Dienstleistung durch die Nationalpolizei den individualisierten Dienstleistungen entspricht und durch die beidseitige Unterzeichnung zurzeit in Kraft ist (...)“.

Das formulierte Ziel der Verträge ist es, zur Sicherheit und zum Schutz vor „Delikten und Attentaten gegen Personal, Besitztümer oder Installationen“ der Minen beizutragen. Mittels Präventionsmassnahmen, Überwachungen und Patrouillengängen sollen Risiken „vorgebeugt, erkannt und neutralisiert“ werden.²¹ Risiken können beispielsweise Straftaten, Attentate sowie Akte von Sabotage, Terrorismus oder Bedrohungen anderer Art sein. Im Vertrag mit Santa Luisa werden als Bedrohungsformen Bürgerkrieg, Invasion, Aufstand, Streik, unternehmensinterne Unruhen, Tumulte der Bevölkerung, Rebellion, Vandalismus sowie verbrecherische oder terroristische Handlungen genannt. Die Nationalpolizei ist für die Planung, Durchführung und Kontrolle der Sicherheitsdienstleistungen in der Einflusszone der Rohstofffirma zuständig und stellt Personal zur Verfügung. Die Polizisten leisten täglich jeweils acht Stunden Arbeit und müssen in ihrer Schicht während 24 Stunden am Tag in den Anlagen uniformiert und ausgerüstet bleiben. In einzelnen Verträgen wird zudem erwähnt, dass spezielle Polizeieinheiten zum Zuge kommen, die Erfahrungen im Einsatz gegen

¹⁸ Wochenzeitung *Hildebrandt en sus trece*, 3. Jahrgang, Nr. 150, 12.-18. April 2013, Artikel *Policía Mercenaria*.

¹⁹ Convenio sobre Prestación de Servicios de Vigilancia y Seguridad Regular.

²⁰ Cláusulas Adicionales al Convenio sobre prestación de servicios de vigilancia y seguridad regular - Policía Nacional del Perú. Ab 4. Zusatzklausel: Cuarta cláusula adicional al convenio para la prestación de servicios de vigilancia, seguridad regular y la fiscalización y control de insumos químicos fiscalizados en el campamento Minero Tintaya Policía Nacional del Perú.

²¹ Auf Spanisch: Prevenir, detectar y neutralizar.

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

Massenproteste haben. Im Notfall oder in Ausnahmesituationen kann auch auf zusätzliche Polizeieinheiten zurückgegriffen werden. Je nach Rohstofffirma können gemäss den Verträgen zwischen zehn und zwanzig Polizisten permanent eingesetzt werden; die meisten Firmen können jederzeit einen Grosseinsatz der Polizei beantragen. Die BHP Billiton Tintaya S.A., die heute der Glencore Xstrata gehört, finanziert respektive finanzierte gar zwei Geheimdienstange-stellte mit.

Die Rohstofffirmen stellen der Nationalpolizei in der Regel Fahrzeuge zur Verfügung. Kost und Logis sowie Versicherungen für den Fall von Verletzungen oder Tod während eines Einsatzes übernehmen ebenfalls die Unternehmen. In einzelnen Fällen stellen die Firmen den Polizeieinheiten auch Kommunikationsmittel, juristische Beratung und Ausrüstungsgegenstände für die Patrouillen zur Verfügung. Teilweise sorgen sie sogar für die Instandhaltung und die Wartung der Waffen und ersetzen sie, falls sie bei Einsätzen verloren gehen.

Jeder Polizist erhält von der Firma eine direkte finanzielle Entschädigung. Kurze Einsätze, insbesondere die individualisierten ausserordentlichen Dienstleistungen, können direkt zwischen der Firma und dem Polizisten ausgehandelt werden. Zusätzlich sind Zahlungen an die Polizeieinheit zur Deckung ihrer logistischen und administrativen Kosten vorgesehen.



Foto 2: Einsatz eines Yanacocha-Busses für den Transport der Polizisten (GRUFIDES).

Neben den Verträgen mit der Nationalpolizei liegt den Autoren auch ein Vertrag zwischen einer peruanischen Militäreinheit und dem Minenunternehmen Compañía Minera Afrodita SAC mit dem Titel „gegenseitiger Partnerschaftsvertrag“ vor. Er wurde am 3. Mai 2010 mit einer Gültigkeit von zwei Jahren und automatischer Verlängerung unterzeichnet. Die Vertragsparteien bekennen sich zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfeleistung. Das Militär ist für den Transport des Personals zu den konzessionierten Zonen, die Sicherheit und Kommunikation zuständig. Die Firma ihrerseits stellt dem Personal medizinische Hilfe und Strom zur Verfügung und sorgt für den Transport des Personals zum Militärstützpunkt.²² Zudem bezahlt die Firma jährlich bis zu 80'000 Soles,²³ das für die Anschaffung von Material gemäss den Wünschen des Militärs verwendet wird. Laut dem Nachrichten-

²² Aus dem Vertrag geht nicht klar hervor, ob das Personal des Militärs oder der Firma gemeint ist. Die Autoren gehen aber davon aus, dass es sich um das Militärpersonal handelt.

²³ Ein peruanischer Sol entspricht 33 Rappen; Stand 15.11.2013.

dienst Servindi ist der Vertrag zwischen Minera Afrodita und dem Militär verfassungswidrig, da er nicht den verfassungsmässigen Funktionen der Streitkräfte entspreche. Laut Servindi handelt es sich beim Vertrag nicht um einen Einzelfall, sondern um eine sich ausdehnende Praxis in Peru.²⁴

3.3 Konflikte mit Firmen, die Verträge eingegangen sind

Während der Zeit, in der Rohstofffirmen in einem Vertragsverhältnis mit der Nationalpolizei standen, kam es zu verschiedenen Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerung. Im Folgenden werden die Konflikte von Rohstofffirmen, die Verträge mit der Nationalpolizei haben respektive hatten, genauer beschrieben.

3.3.1 Konflikte mit Minera Yanacocha

Die Minera Yanacocha gerät seit Jahren immer wieder ins Zentrum von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Da die ursprüngliche Lagerstätte langsam erschöpft ist, sucht Minera Yanacocha weitere Standorte in der Nähe. Bereits 1993 plante das Rohstoffunternehmen ein Erweiterungsprojekt am Monte Quilish, eine an Wasserquellen und Flüssen reiche und für viele Campesinos heilige Region. Da die Gemeindeverwaltung der Provinz Cajamarca die Region aber als geschützt deklarierte und die Bevölkerung sich vehement dagegen wehrte, wurde das Ausbauprojekt im Jahr 2004 eingestellt. Minera Yanacocha entwickelte daraufhin Pläne für das Projekt Conga. Auch da wehrt sich die Bevölkerung, weil dem Projekt unter anderem vier Bergseen zum Opfer fallen würden, welche die Region mit Wasser versorgen. Dies würde die bereits bestehende Wasserknappheit noch verschärfen. Im November 2011 kam es zu heftigen Zusammenstössen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Der peruanische Staatspräsident Ollanta Humala verhängte daraufhin zwischenzeitlich den Notstand über die Region und entsandte Truppen, bestehend aus Spezialeinheiten der Polizei und dem Militär. Dabei wurden drei Dörfer in den Gebieten Celendín, Bambamarca und Cajamarca belagert. Zehntausende Campesinos riefen im Februar 2012 zum Widerstand auf und veranstalteten den „Gran Marcha Nacional del Agua“, den Grossen Nationalen Marsch für das Wasser. Zeitgleich reichten ParlamentarierInnen zwei Gesetzesentwürfe zum Schutz der Quellgebiete und zum Verbot vom Einsatz von Zyanid und Quecksilber im Bergbau ein.

Im Mai 2012 wurde erneut zu unbefristeten Streiks aufgerufen. Es kam zu neuen gewaltsamen Zusammenstössen zwischen der Polizei und Demonstranten. Unabhängige Journalisten wurden angegriffen, Filmmaterial von polizeilichen Übergriffen wurde beschlagnahmt und bekannte Menschenrechtsaktivisten festgenommen.²⁵ Bei den Protesten im Juli 2012 kamen fünf Personen ums Leben und mehrere Dutzend wurden verletzt.²⁶ Zudem gab es unzählige Verhaftungen und Verschleppungen. Auch Marco Arana, Gründer von Grufides, wurde bei der Aktion von 30 Polizisten willkürlich festgenommen und in der Polizeistation gefoltert.²⁷ Ollanta Humala verhängte erneut für zwei Monate den Notstand.²⁸ In einem Brief an den peruanischen Präsidenten erhob die Menschenrechtsorga-

²⁴ <http://servindi.org/actualidad/78388> (30.10.2013).

²⁵ <http://www.ideeleradio.pe/web/wNoti.php?idN=4812&tip=red> (13.11.2013).

²⁶ <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/19/10417> (15.10.2013).

²⁷ <http://idl-reporteros.pe/2012/07/05/columna-de-reporteros-86/> (13.11.2013).

²⁸ La República: «El Gobierno declaró Estado de Emergencia en tres provincias de Cajamarca», <http://www.larepublica.pe/04-07-2012/el-gobierno-declaro-estado-de-emergencia-en-tres-provincias-de-cajamarca> (28.09.13); <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/19/10417> (15.10.2013).

nisation Human Rights Watch den Vorwurf, dass die Demonstranten an „übermässiger Gewaltanwendung“ gestorben seien, und forderte eine unabhängige Untersuchung.²⁹

Bezüglich des Konflikts um das Erweiterungsprojekt Conga gibt es laut der peruanischen Ombudsstelle zurzeit keinen Dialog zwischen der Regierung, der Rohstofffirma und der Lokalbevölkerung.³⁰ Verschiedene Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewohner der Provinzen Cajamarca, Celendín und Hualgayoc fordern, dass das Conga-Projekt gestoppt wird. Die Region kommt nicht zur Ruhe: Aktivisten gegen die Erweiterung in Conga, darunter auch Mitarbeiter von Grufides, beklagten sich im aktuellen Jahr über Telefonterror, Morddrohungen und Sabotage.³¹ Wie der Dokumentarfilm „Operación Diablo“³² eindrücklich aufzeigt, wurde Grufides aufgrund seiner rohstoffkritischen Haltung zudem Opfer von Spionage. Im Jahr 2013 wurde den ganzen Sommer über demonstriert.³³ Ausserdem wird die Conga-Lagune permanent von Campesino-Gruppen überwacht, welche unter dem Namen „Guardianes de las Lagunas“ bekannt wurden und breite Unterstützung von der Lokalbevölkerung erhalten. Mitarbeiter von Minera Yanacocha, die von den relativ wenigen geschaffenen Arbeitsplätzen profitieren, griffen die Campesinos im September und Oktober 2013 mit Schusswaffen an und bedrohten sie.³⁴ Dies führte zu Spannungen innerhalb der Gemeinschaften, erschwert die Findung einer Lösung für den Konflikt und wird von den Firmen und der Regierung geschickt ausgenutzt, um ihre Interessen durchzusetzen.

Der Präsident der Regionalregierung von Cajamarca, Gregorio Santos, beschuldigt die nationale Regierung, die Verantwortung für die Wasserversorgung Minera Yanacocha zu überlassen, anstatt sich selbst darum zu kümmern. Das Unternehmen, so Gregorio Santos, hoffe, dass bei den lokalen Regierungswahlen im nächsten Jahr ein Präsident ins Amt komme, der das Conga-Projekt vorantreiben werde. Minera Yanacocha und die nationale Regierung setzen Gregorio Santos aufgrund seiner Kritik massiv unter Druck. Wegen der Kriminalisierung der Proteste klagte die nationale Koordinationsstelle für Menschenrechte in Peru im März 2013 vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte in Washington.³⁵

3.3.2 Konflikte mit Xstrata Tintaya

Der Schweizer Rohstoffkonzern Xstrata (heute Glencore Xstrata) übernahm im Jahr 2006 die Tintaya-Mine in der Provinz Espinar von BHP Billiton. Xstrata entwickelt seither zwei Erweiterungsprojekte: Einerseits die Mine Antapaccay, die im November 2012 in Betrieb genommen wurde. Sie soll die Tintaya-Mine ablösen, die 2014 nach fast 30 Jahren geschlossen wird. Andererseits das

²⁹ <http://www.hrw.org/news/2012/07/06/peru-investigate-killings-mining-protests> (26.11.2013).

³⁰ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 46.

³¹ <http://www.amnistia.org.pe/defensoras-y-defensores-de-derechos-humanos-sufren-cada-vez-mas-ataques-en-america/> ; <http://celendinlibre.wordpress.com/2013/03/27/alerta-hostigamiento-de-policia-nacional-de-cajamarca-contra-defensora-de-ddhh/> (13.11.2013).

³² Operación Diablo, Peru 2010, R: Stephanie Boyd, Guarango/Quisca.

³³ http://www.rpp.com.pe/2013-08-20-cajamarca-ronderos-consideran-como-victoria-retiro-de-tranquera-noticia_623861.html (30.09.2013) und http://www.rpp.com.pe/2013-08-30-detienen-a-ronderos-que-intentan-bloquear-otra-vez-via-a-bambamarca-noticia_626710.html (30.09.2013).

³⁴ <http://grufidesinfo.blogspot.com/2013/10/peru-amenazas-contr-guardianes-de-las.html> (14.11.2013).

<http://caballeroedverde.blogspot.com/2013/09/paramilitares-atacan-guardianes-de-las.html> (14.11.2013).

³⁵ <http://derechoshumanos.pe/2013/09/informe-vulneraciones-de-derechos-humanos-en-contextos-de-protesta-social/> (13.11.2013).

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

Minenprojekt Las Bambas, welches 2015 starten soll, das aber von Glencore Xstrata zum Verkauf ausgeschrieben ist.³⁶

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Konflikten zwischen Xstrata und der Bevölkerung. Bereits im Jahr 2006 gab es Spannungen, da Xstrata die Vereinbarungen des Vertrags „Convenio Marco“ nicht genügend umsetzte. Dieser Rahmenvertrag wurde 2003 zwischen der Lokalbevölkerung von Espinar und dem damaligen Mineninhaber BHP Billiton abgeschlossen.³⁷

Im September 2011 stellte eine Studie des Vikariats für Solidarität der Prälatur von Sicuani fest, dass in der Provinz Espinar an 39 Stellen die Böden und Flüsse mit Schwermetallen verseucht sind. Zwar konnte die Studie die Ursache der Verschmutzung nicht zweifelsfrei festhalten, doch sie bestätigte klar die Verschmutzung, welche die Lokalbevölkerung seit längerem beklagte.³⁸ Ausserdem forderte die Bevölkerung Xstrata wiederholt auf, sie bei der Vergabe von Arbeitsstellen mehr zu berücksichtigen und lokalen Unternehmen mehr Aufträge zu erteilen.

Der Bürgermeister von Espinar gab am 24. November 2011 öffentlich bekannt, dass es ernsthafte Umweltprobleme gibt und die Organisation „Frente Unico de Defensa de los Intereses de Espinar“ reichte eine Strafanzeige gegen Xstrata Tintaya wegen Umweltverschmutzung ein.³⁹ Die Bewohner von Alto und Bajo Huancané reichten am 5. August 2012 eine weitere Klage gegen Xstrata ein und beschuldigten die Firma, für den Tod von über 2000 Tieren verantwortlich zu sein.⁴⁰

Am 21. Mai 2012 eskalierte der Konflikt um die Tintaya-Mine, weil die Klagen der Bevölkerung nicht ernst genommen wurden und die Firma nicht bereit war, über einen neuen Rahmenvertrag zu diskutieren. Die Regierung erklärte den Notstand und bot am 21. Mai rund 2000 Polizisten auf, um die Minen von Xstrata Tintaya vor den Demonstranten zu schützen. Während mehrerer Tage kam es zu gravierenden Zusammenstössen und die Polizei setzte Schusswaffen und Tränengas gegen die Demonstranten ein.⁴¹ Insgesamt starben drei Personen. Über 100 Zivilpersonen und Polizisten wurden verletzt.⁴² Die Nationalpolizei verhaftete 26 Personen und hielt sie auf dem Minengelände fest. Akten beweisen, dass die verhafteten Zivilpersonen misshandelt wurden.⁴³ Die Schweizer Nichtregierungsorganisation Multiwatch bezichtigt das Unternehmen deshalb der Komplizenschaft.⁴⁴ Verschiedene Organisationen unterschrieben einen Aufruf für eine verbindliche Unternehmensverantwortung von Xstrata.⁴⁵

³⁶ <http://www.multiwatch.ch/de/p97001406.html> (12.11.2013);

<http://www.xstratacopperperu.pe/ES/Operaciones/TintayaAntapaccay/Paginas/NuestraHistoria.aspx> (12.11.2013).

³⁷ Convenio Marco por el desarrollo de la provincia de Espinar y BHP Billiton Tintaya S.A.

³⁸ <http://www.multiwatch.ch/de/p97000957.html> (01.10.2013).

³⁹ <http://www.multiwatch.ch/de/f97000310.html> (01.10.2013).

⁴⁰ <http://www.multiwatch.ch/de/p97001208.html> (01.10.2013); <http://elcomercio.pe/actualidad/1454842/noticia-espinar-que-siguen-muriendo-animales> (01.10.2013).

⁴¹ Informe explicativo sobre el escenario actual en Espinar, Derechos Humanos Sin Fronteras (DHSF), 15.10.2013, S. 3.

⁴² <http://elcomercio.pe/actualidad/1460226/noticia-confirman-muerte-manifestante-herido-durante-protestas-espinar> (15.10.2013).

⁴³ Informe explicativo sobre el escenario actual en Espinar, Derechos Humanos Sin Fronteras (DHSF), 15.10.2013, S. 3-4.

⁴⁴ http://www.multiwatch.ch/cm_data/Dossier_XstrataTintaya_Mai2013.pdf

⁴⁵ Aufruf für eine verbindliche Rechenschaftspflicht von Xstrata Plc. Angesichts der Menschenrechtsverletzungen im eskalierten Bergbaukonflikt in Espinar, Peru, 7.9.2012; http://www.multiwatch.ch/cm_data/Aufruf_Xstrata_7.9.2012.pdf

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich



Foto 3: Proteste vor der Mine Tintaya Marquiri am 24.5.2012 in Espinar, Cusco (Coordinadora Nacional de Derechos Humanos).

Auch Óscar Mollohuanca, der Bürgermeister von Espinar, wurde am 30. Mai 2012 ohne richterliche Verfügung verhaftet, nachdem er an der Zusammenarbeit zwischen Xstrata Tintaya und der Regierung Kritik ausgeübt hatte.⁴⁶ Der Richter ordnete präventiv eine fünfmonatige Gefängnisstrafe an, um seine mutmassliche Teilnahme an Protesten in Espinar zu untersuchen. Laut dem Anwalt Carlos Rivera des Nichtregierungs-Instituts Defensa Legal (IDL) handelte es sich um eine gesetzeswidrige, willkürliche Verhaftung. Am 12. Juni wurde Mollohuanca wieder freigelassen.⁴⁷ Im August 2013 wurden er und weitere Aktivisten jedoch angeklagt. Ihnen droht eine zehnjährige Haftstrafe, was in der Region von Espinar heftige Reaktionen auslöste. Der Staatsanwalt beschuldigt sie unter anderem, für Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit und Ausschreitungen verantwortlich zu sein.⁴⁸

Insgesamt wurden im Konflikt in Espinar 45 Personen angeklagt. Die NGO „Derechos Humanos Sin Fronteras“ (DHSF) publizierte im Oktober 2013 einen Bericht zur Analyse des Konflikts vom Mai 2012 in Espinar und kritisiert darin, dass die Ermittlungen in der Provinz Espinar und nicht in Ica durchgeführt werden. Der Wechsel des Gerichtsstandes nach Ica habe für viele der angeklagten Bürger aus Espinar ernsthafte Konsequenzen mit sich gebracht. Die grosse geographische Distanz zwischen Espinar und Ica sowie die prekären ökonomischen Verhältnisse der Angeklagten erschweren es stark, ihre Rechte in Ica einzufordern. Ausserdem kritisiert DHSF, dass sich die aktuellen Ermittlungen alleine auf die Protestbewegung konzentrieren und es keine Ermittlungen zu den mutmasslichen Verursachern von Menschenrechtsverletzungen gibt.⁴⁹

⁴⁶ <http://www.multiwatch.ch/de/p97001127.html> (01.10.2013).

⁴⁷ <http://www.comunicacionesaliadas.org/articulos.asp?art=6678> (08.10.2013).

⁴⁸ <http://www.cooperacion.org.pe/comentario-institucional/espinar-la-presion-viene-de-varios-frentes.html> 08.10.2013).

⁴⁹ Informe explicativo sobre el escenario actual en Espinar, Derechos Humanos Sin Fronteras (DHSF), 15.10.2013, S. 5-6.

Die Gründe für den Konflikt in Espinar liegen laut dem Bericht von „Derechos Humanos Sin Fronteras“ einerseits in der Sorge der Bevölkerung über ihre Umwelt und ihren Lebensraum, die Verfügbarkeit der Trinkwasserversorgung im Zusammenhang mit dem neuen Minenprojekt Antapaccay sowie in den Auswirkungen der Installation einer Pipeline und dem Bau eines Staudamms. Andererseits waren die Proteste auch Ausdruck einer starken sozialen Unzufriedenheit als Folge der Tätigkeiten von Xstrata Tintaya. Diese führten zur Schwächung und sozialen Aufspaltung der Gemeinschaften.⁵⁰

Laut der peruanischen Ombudsstelle fordern die Bewohner von Espinar vom Bergbaukonzern Unterstützung für die sozioökonomische Entwicklung.⁵¹ Die Parteien sind im Dialog und Ende August 2013 wurde zwischen Xstrata und der lokalen Bevölkerung eine neue Vereinbarung unterzeichnet. Die Vereinbarung beinhaltet unter anderem Massnahmen zugunsten einer Entwicklung der Region, einen Umwelt-Aktionsplan, Investitionen des Unternehmens in die Region sowie die Weiterführung der Auswertung der gesundheitlichen Auswirkungen durch die Schwermetalle in Blut und Urin auf die Bewohner.⁵² „Derechos Humanos Sin Fronteras“ betont, dass für die Garantierung der Menschenrechte der Bevölkerung in Espinar noch viel Arbeit geleistet werden müsse, denn der Dialog habe noch nicht alle Ursachen für die Konflikte in Espinar gelöst, und es gebe noch immer soziale Spannungen.⁵³ Deshalb hat auch die Ombudsstelle eine Warnung für die Tintaya-Mine herausgegeben. Verschiedene Dorfgemeinschaften und Organisationen in Espinar zeigen sich besorgt über die sozialen und umweltschädigenden Auswirkungen durch die industrielle Infrastruktur zwischen den Minen von Las Bambas, Tintaya und Antapaccay durch Xstrata.⁵⁴

3.3.3 Konflikte mit Antamina

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore Xstrata ist mit 33.75% am Minenunternehmen Compañía Minera Antamina S.A. beteiligt. Die weiteren Besitzer sind BHP Billiton mit 33.75%, Teck mit 22.5% und Mitsubishi Corporation mit 10%.⁵⁵

Laut dem Vertrag mit der peruanischen Nationalpolizei ist Antamina den Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte beigetreten und verpflichtet sich damit, auf eine Weise handeln, die die Menschenrechte schützt, respektiert und fördert. Antamina gab mehrfach an, Mitglied der Freiwilligen Prinzipien zu sein⁵⁶, was aber gemäss Aussagen des Sekretariats dieser Initiative falsch ist. Nur BHP Billiton hat sich den Freiwilligen Prinzipien verpflichtet. Auf der Website von Antamina verschwand der Hinweis auf die angebliche Mitgliedschaft erst, nachdem die GfV beim Sekretariat der Freiwilligen Prinzipien nachgefragt hatte.⁵⁷

⁵⁰ Informe explicativo sobre el escenario actual en Espinar, Derechos Humanos Sin Fronteras (DHSF), 15.10.2013, S. 1-2.

⁵¹ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 50.

⁵² <http://www.andina.com.pe/Espanol/noticia-mesa-dialogo-espinar-aprueba-informe-final-472319.aspx#.Uib4iX9YVp4> (01.10.2013).

⁵³ Informe explicativo sobre el escenario actual en Espinar, Derechos Humanos Sin Fronteras (DHSF), 15.10.2013, S. 6.

⁵⁴ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 110.

⁵⁵ <http://www.antamina.com/en/index.php> (29.08.2013).

⁵⁶ z. Bsp. <http://www.huaraznoticias.com/mineria/nota06396> (13.11.2013).

⁵⁷ E-Mail-Korrespondenz zwischen der GfV und dem Sekretariat der Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte vom 12., 17. und 18. September 2013.

Im Zusammenhang mit Antamina gab es gemäss der peruanischen Ombudsstelle im September 2013 sieben Streitfälle. Bei allen sieben existiert ein Dialog, bei drei Konflikten jedoch registrierte die Ombudsstelle im September keine neuen Dialogtätigkeiten.⁵⁸

Bei den Konflikten mit Antamina geht es vorwiegend um Umweltprobleme. So werfen verschiedene Vertreter von Dorf- und Bauerngemeinschaften sowie Fischervereinigungen dem Minenunternehmen vor, ihre Versprechen bezüglich sozialer Verantwortung, Beseitigung der Grundwasserverschmutzung, Umweltverschmutzung durch Blei und andere Schwermetalle sowie die Respektierung von Landrechten nicht eingehalten zu haben. Sie fordern von Antamina, ihre Unterstützung von lokalen Entwicklungsprojekten zu konkretisieren und sich an die Vereinbarungen zu halten. Es gab verschiedene Treffen mit Dorfvertretern, Antamina und staatlichen Behörden wie dem peruanischen Umweltschutzministerium, an denen u.a. über die Fortschritte bezüglich der Erfüllung der Vereinbarungen diskutiert wurde.⁵⁹ Im Mai 2012 wurden Vertreter der Dorfgemeinschaft Chipta von einer Sondereinheit der Polizei misshandelt, weil sie sich gegen die Zerstörung der zwei einzigen Wasserquellen wehrten. Das Sicherheitspersonal von Antamina hatte die Sondereinheit damit beauftragt, die Umsiedlung der Bevölkerung von Chipta zu erzwingen, damit Antamina ihre Sprengungen fortsetzen kann.⁶⁰ In einem weiteren Fall explodierte am 25. Juli 2012 in der Gemeinde Santa Rosa im Distrikt Cajacay eine Pipeline von Antamina. 45 Tonnen Flüssigkupferkonzentrat traten aus, über 200 Menschen hatten Vergiftungssymptome und ein Teil des Konzentrates gelangte in die Wälder und den Fluss.⁶¹ Die Behörden verpflichteten Antamina zur Bezahlung einer Busse von 80'000 US\$.⁶² Drei Studien des Nationalen Gesundheitsinstituts zeigen auf, dass 285 von 919 untersuchten Personen in Santa Rosa und den umliegenden Dörfern Kupfer, Blei und Arsenwerte im Blut aufweisen. Antamina sieht keinen Zusammenhang mit der Explosion ihrer Pipeline und betrachtet die hohen Kupferwerte für diese Region als adäquat.⁶³ Für den 4. September 2013 kündete die lokale Bevölkerung von Cajacay einen unbefristeten Streik gegen Antamina an, um Entschädigungen für die betroffenen Familien auszuhandeln.⁶⁴ Es kam zu Strassenblockaden, welche die Polizei wieder auflöste.⁶⁵

3.3.4 Konflikte mit Sulliden Shahuindo

Obwohl Minera Sulliden Shahuindo die Inbetriebnahme ihres Minenprojekts Shahuindo erst für 2014 plant, unterzeichnete sie schon im Jahr 2009 einen geheimen Vertrag mit der Nationalpolizei. Es kam bereits zu mehreren Konflikten und Protesten gegen das Minenprojekt im Distrikt Cachachi.

Sulliden Shahuindo organisierte im März 2013 eine öffentliche Diskussion mit der Dorfgemeinschaft Moyán Alto in Cajabamba. Zur Bewachung wurden über 300 Polizisten aufgeboten. Gleichzeitig protestierten mehr als 250 Dorfbewohner in der Nähe der Brücke Chuquibamba gegen die Veranstaltung und zeigten damit, dass sie den Anhörungsprozess zurückweisen und nicht als legitim ak-

⁵⁸ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 19-26.

⁵⁹ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 19-26.

⁶⁰ <http://veronikamendoza.blogspot.ch/2012/05/comunidad-de-chipta-denuncia-abusos-de.html> (26.09.2013); <http://servindi.org/actualidad/64245> (26.09.2013).

⁶¹ <http://www.mutiwatch.ch/de/p97001207.html> (26.09.2013).

⁶² <http://www.mutiwatch.ch/de/p97001447.html> (26.09.2013).

⁶³ <http://www.larepublica.pe/31-07-2013/285-pobladores-ancashinos-de-cajacay-tienen-metales-en-la-sangre-y-culpan-a-antamina> (26.09.2013).

⁶⁴ <http://www.larepublica.pe/04-09-2013/huaraz-pobladores-de-cajacay-acatan-paro-indefinido-contra-antamina> (26.09.2013).

⁶⁵ <http://www.mutiwatch.ch/de/p97001531.html> (26.09.2013).

zeptieren.⁶⁶ Am 11. März 2013 wurden Dorfbewohner, die sich gegen das Minenprojekt wehrten, von der Polizei vertrieben, acht Personen wurden dabei verletzt. Laut den Bewohnern benutzte die Polizei Schusswaffen. Auch Landwirte wehren sich gegen das Projekt, da sie eine Verschmutzung des Condebamba-Tals befürchten.⁶⁷

Wie der Bericht der Ombudsstelle aufzeigt, gab es im September 2013 im Zusammenhang mit Sulliden Shahuindo einen Konflikt ohne Dialog.⁶⁸ Mit einem Fünftagesmarsch protestierten die Bewohner im August 2013 gegen die Minentätigkeiten von Sulliden Shahuindo.⁶⁹

3.3.5 Konflikte mit Gold Fields La Cima

Das Minenunternehmen Gold Fields La Cima führt im Distrikt Hualgayoc das Minenprojekt Cerro Corona. Von 2006 bis 2009 gab es beim Transport von gefährlichen Substanzen durch Gold Fields drei Unfälle. Dabei liefen jeweils grosse Mengen an Kupferkonzentrat aus, die die Flüsse in der Umgebung verschmutzten und schädliche Auswirkungen auf die Umwelt und Gesundheit der Bewohner haben. Beim dritten Unfall wurden bei einem Zusammenstoss mit einem anderen Fahrzeug zwei Personen verletzt.⁷⁰ Im August 2009 lancierten die Bewohner von Hualgayoc einen mehrtägigen Protest gegen das Minenunternehmen. Dabei kam es zu Konfrontationen zwischen Demonstranten und Polizisten, es fielen Schüsse, Tränengas wurde eingesetzt; zwei Bewohner und ein Polizist wurden verletzt. Im Anschluss daran gab es Verhandlungen zwischen Gold Fields und den Dorfbewohnern. Sie einigten sich auf eine Vereinbarung mit fünf Punkten, unter anderem zu den Themen elektrischer Strom, Wasserversorgung und Umwelt.⁷¹ Laut dem Bericht der Ombudsstelle vom September 2013 fordern die Dorfbewohner von Gold Fields, diese Vereinbarungen einzuhalten.⁷² Auch im aktuellen Jahr kam es zu Protesten: So streikten im März 2013 über hundert Minenarbeiter eines Vertragspartners aufgrund der niedrigen Löhne.⁷³ Am 29. August wurde ein Streik gegen verschiedene Minenunternehmen organisiert, u.a. gegen Gold Fields La Cima.⁷⁴

⁶⁶ <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/19-peru/12378-audiencia-de-minera-sulliden-shahuindo-se-desarrolla-en-medio-de-protestas> (02.10.2013).

⁶⁷ <http://celendinlibre.wordpress.com/2013/04/03/cajabamba-shahuindo-y-la-mineria-informal-conflicto-visible-o-invisible/> (02.10.2013).

⁶⁸ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 46.

⁶⁹ Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 114, agosto 2013, S. 4.

⁷⁰ <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/19-peru/4632-4632> (03.10.2013).

⁷¹ <http://www.conflictosmineros.net/contenidos/19-peru/4940-4940> (03.10.2013).

⁷² Reporte Mensual de Conflictos Sociales N° 115, septiembre 2013, S. 47.

⁷³ <http://www.larepublica.pe/23-03-2013/cajamarca-mineros-protestan-contr-gold-fields-por-pago-de-utilidades> (03.10.2013).

⁷⁴ <http://www.larepublica.pe/07-08-2013/benavides-paro-contr-conga-servira-para-saber-quienes-traicionaron-a-cajamarca> (03.10.2013).

3.3.6 Konflikte mit Santa Luisa

Das Minenunternehmen Compañía Minera Santa Luisa S.A. betreibt in der Region Ancash die Mine Huanzalá. Die Firma steht immer wieder im Konflikt mit seinen Mitarbeitern. Nach einem seit März 2012 andauernden Streit um arbeitsrechtliche Forderungen traten die Minenarbeiter von Huanzalá im Mai in einen 19-tägigen Streik. Am 18. Juni 2012 kam es zu einer Einigung zwischen dem Minenunternehmen und den Arbeitern. Nach einem Unfall in der Mine starb am 6. April 2013 ein Arbeiter. Am 26. September 2013 traten die Minenarbeiter erneut in einen unbefristeten Streik gegen Santa Luisa.⁷⁵

3.4 Problematik der Verträge

Verträge zwischen staatlichen Sicherheitsdiensten und privaten Rohstofffirmen sind aus mehreren Gründen äusserst problematisch. Aufgabe der Polizei ist es, Gesetze durchzusetzen und für Sicherheit innerhalb des Staates zu sorgen. Dazu gehört auch der Schutz der eigenen Bürger. Wenn die Polizei aber im Solde einer Rohstofffirma und somit einer der Konfliktparteien steht, ist die Neutralität nicht mehr gewährleistet. Für die eingesetzten staatlichen Sicherheitskräfte ergibt sich ein Interessenkonflikt: Durch die Entschädigung der Firmen erhalten sie einen Anreiz, einseitig deren Interessen durchzusetzen. Dies führt dazu, dass Proteste der Lokalbevölkerung schnell mit übermässiger Gewalt unterdrückt werden und kein Dialog mehr angestrebt wird. Das Gewaltmonopol des Staates wird untergraben und das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat ausgehöhlt, da dieser seine Schutzpflicht gegenüber dem Volk nicht wahrnimmt. Durch die Verträge werden die Firmen mitverantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen, die von den Sicherheitskräften begangen werden. Verträge zwischen Firmen und öffentlichen Sicherheitsdiensten, die auf diese Weise ausgearbeitet sind, stehen in starkem Widerspruch zu den Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte (s. Kapitel 4.2) und verstossen gegen die Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte (s. Kapitel 4.3). Laut den Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte sind Unternehmen verpflichtet, menschenrechtskonform zu handeln und im Fall von Menschenrechtsverletzungen Untersuchungen durchzuführen und entsprechende Massnahmen einzuleiten.⁷⁶ Gemäss den Freiwilligen Prinzipien wären die Unternehmen zudem verpflichtet, voraussehbare Übergriffe wie Missbrauch und Verletzungen von Menschenrechten zu entschärfen bzw. zu mildern.⁷⁷ Der Geheimvertrag zwischen Minera Yanacocha und der Polizei steht zudem im Widerspruch zu den Werten seines Mutterkonzerns Newmont Mining Corporation, der auf seiner Homepage „ehrliche und transparente Kommunikation“ verspricht.⁷⁸

In der Öffentlichkeit rechtfertigen die Unternehmen die Verträge auf seltsame Weise. Minera Yanacocha begründet in einer Medienmitteilung vom 27. Februar 2013⁷⁹ den Polizeischutz mit dem Umstand, dass sich auf ihrem Gelände explosive und chemische Stoffe befinden würden. Im Falle einer Entwendung könnten diese zahlreiche Personen sowie die Umwelt beeinträchtigen. In Tat und Wahrheit sind die gewaltsamen Ereignisse rund um das Minenunternehmen Indizien dafür, dass die Polizeipräsenz in den Minen auf mögliche Proteste der Bevölkerung abzielt.

⁷⁵ <http://www.ancashnoticias.com/detalle-noticia.php?id=ancash.1574> (03.10.2013).

⁷⁶ Guiding Principles on Business and Human Rights, S. 14.

⁷⁷ Voluntary Principles on Security and Human Rights, S. 4.

⁷⁸ <http://www.newmont.com/about/values> (29.10.2013).

⁷⁹ <http://www.yanacocha.com.pe/sala-de-prensa/ultimas-noticias/comunicado-de-prensa-13/> 26.09.2013.

4 Internationale Vereinbarungen zu indigenen Völkern, Rohstoffabbau und Menschenrechten

Um die Rechte der indigenen Völker zu gewährleisten und ihren Lebensraum zu schützen, hat die internationale Gemeinschaft verschiedene Menschenrechtsinstrumente entwickelt. Die beiden wichtigsten sind die ILO-Konvention 169 für indigene und tribale Völker aus dem Jahre 1989 und die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigenen Völker aus dem Jahre 2007. Ein zentrales Element, das in den beiden Gesetzgebungen erarbeitet wurde, ist das „freie, informierte und vorherige Einverständnis“ (FIVE)⁸⁰, welches der indigenen Bevölkerung eingeräumt werden soll.

4.1 Internationale Gesetzesrahmen für die indigenen Völker und das freie, informierte und vorherige Einverständnis

Das „freie, informierte und vorherige Einverständnis“ verlangt, dass die indigene Bevölkerung ihr freies, auf umfassender Information basierendes und vor der Nutzung eingeholtes Einverständnis geben muss, bevor Dritte in deren Gebiet aktiv werden können. Die Prinzipien gelten auch für den Rohstoffabbau: James Anaya, der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte Indigener Völker, hält in seinem Bericht an den Menschenrechtsrat vom 1. Juli 2013 fest, dass Rohstoffabbau nicht stattfinden darf ohne das freie, vorherige und informierte Einverständnis der indigenen Bevölkerung.⁸¹ Eine konsequente Anwendung dieses Prinzips könnte die Ursachen vieler Konflikte lösen.

Peru hat der Erklärung über die Rechte der indigenen Völker zugestimmt und sie damit anerkannt. Am 2. Februar 1994 hat die Regierung die ILO-Konvention 169 ratifiziert und sich verpflichtet, die Rechte der indigenen Völker in die nationale Gesetzgebung aufzunehmen. Im September 2011 verabschiedete die peruanische Regierung das Gesetz über das Recht auf vorgängige Konsultation indigener Völker⁸² und im März 2012 das Reglement mit den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen.⁸³

Das Reglement sieht die Erstellung einer öffentlich zugänglichen Datenbank⁸⁴ vor, die festlegt, welche Völker als indigen gelten und ein Recht auf Konsultation haben. Umstritten ist, ob für die Datenbank die Campesinos den Status „Indigene Völker“ erhalten. Der Begriff „Campesino“ etablierte sich als Alternative zum negativ belasteten Begriff „Indio“. Selbst wenn nicht mehr alle Angehörigen, als Folge der gewaltsamen Kolonialisierung, eine indigene Sprache wie beispielsweise Quechua sprechen, identifizieren sie sich mit der ursprünglichen Kultur und sehen sich als Nachfolger der Ureinwohner. Das peruanische Kulturministerium publizierte am 25. Oktober 2013 die Datenbank. Sie enthält eine Liste mit 52 Indigenen Völkern, 48 davon aus dem Amazonas und vier aus den Anden. Campesinos wurden in die Datenbank nicht aufgenommen, obwohl laut der peruanischen Gesetzgebung auch Campesinos zu den Indigenen Völkern gehören.⁸⁵ Patricia Balbuena, die Vizeministerin für Interkulturalität, hielt fest, dass die Bauerngemeinschaften keine indigenen Bevölkerungs-

⁸⁰ Auf Englisch „free, prior and informed consent“

⁸¹ http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session24/Documents/A-HRC-24-41_en.pdf (25.11.2013).

⁸² Ley del Derecho a la Consulta Previa a los Pueblos Indígenas u Originarios reconocido en el Convenio 169 de la Organización Internacional del Trabajo (OIT).

⁸³ Reglamento de la Ley N° 29785, Ley del Derecho a la Consulta Previa a los Pueblos Indígenas u Originarios reconocido en el Convenio 169 de la Organización Internacional del Trabajo (OIT).

⁸⁴ Link zur Datenbank der Indigenen Völker: <http://bdpi.cultura.gob.pe/> (31.10.2013).

⁸⁵ http://servindi.org/actualidad/95452?utm_source=feedburner&utm_medium=email&utm_campaign=Feed%3A+Servindi+%28Servicio+de+Informaci%C3%B3n+Indigena%29 (31.10.2013).

gruppen seien und ihnen somit das Recht auf vorgängige Konsultation nicht zustehe.⁸⁶ Die Datenbank wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als ein Gerichtsverfahren zu den Kriterien für die Aufnahme in die Datenbank lief. Der Bauernverband „Federación Distrital de Campesinos de Chinchaypujio“ aus der Region Cusco reichte Klage ein. Er fürchte, dass die Campesinos von den Rechten, die ihnen gemäss der ILO-Konvention zustehen, ausgeschlossen werden, weil sie zwei der Kriterien, die Indigenensprache sowie den gemeinschaftlichen Landbesitz, nicht erfüllen.⁸⁷ In erster Instanz erhielt der peruanische Staat Recht, doch der Bauernverband hat Berufung eingereicht.⁸⁸

Ein weiterer Streitpunkt ist, ob die indigenen Gemeinschaften ein Vetorecht erhalten werden. Die peruanische Regierung legt das Konsultationsrecht so aus, dass die indigenen Gemeinschaften in den meisten Fällen lediglich „informiert“ werden müssen. Die indigenen Völker setzen sich hingegen für das Recht auf Einverständnis ein, so bei Umsiedlungs- und Entwicklungsplänen oder Investitionsprojekten von grossem Ausmass. In der jetzigen Fassung liegt die nationale Umsetzung der internationalen Norm weit unter den Erwartungen der indigenen Völker. Peru zögert, wie viele Länder, das Einverständnis als Grundlage für den Umgang der Firmen mit der Lokalbevölkerung zu nehmen.

4.2 Die Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte

Weltweit gewinnen die Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte an Bedeutung.⁸⁹ John Ruggie, Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs, erhielt 2005 den Auftrag, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie der Schutz von Individuen und Gemeinschaften gegen Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen wirksamer gewährleistet werden kann. Dazu entwickelte Ruggie ein Konzept, das auf drei Pfeilern beruht: 1. Staaten haben die primäre Pflicht zum Schutz der Menschenrechte. 2. Unternehmen sind verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren, und 3. Betroffene erhalten Zugang zu Beschwerde- und Wiedergutmachungsmechanismen.⁹⁰ Aus diesem Konzept entstanden die Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte. Am 16. Juni 2011 verabschiedete der UNO-Menschenrechtsrat einstimmig die Leitlinien. Diese sind rechtlich nicht verbindlich, doch laut dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte haben sie „durch ihre breite Akzeptanz grosse praktische Bedeutung für Schweizer Unternehmen, die im Ausland investieren. Zudem sind Staaten aufgefordert, die Richtlinien im nationalen Recht umzusetzen.“⁹¹

Das Mitentscheidungsrecht für indigene Völker wird in den Leitlinien nicht explizit erwähnt. Im Rahmen der Sorgfaltspflicht ist jedoch gerade für Rohstofffirmen, deren Aktivitäten massive Auswirkungen auf die lokalen Gemeinschaften und die Umwelt haben, die Durchführung eines gewissenhaften Prozesses zur Gewinnung des Einverständnisses der betroffenen Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Ohne deren Einverständnis können Konflikte entstehen oder eskalieren.

⁸⁶ <http://www.larepublica.pe/26-10-2013/viceministra-de-interculturalidad-la-base-de-datos-contiene-52-pueblos-amazonicos-y-4-andinos> (31.10.2013).

⁸⁷ http://servindi.org/actualidad/95452?utm_source=feedburner&utm_medium=email&utm_campaign=Feed%3A+Servindi+%28Servicio+de+Informaci%C3%B3n+Indigena%29 (31.10.2013).

⁸⁸ <http://elcomercio.pe/actualidad/1650056/noticia-ministerio-cultura-publico-base-datos-pueblos-indigenas> (31.10.2013)

⁸⁹ Guiding Principles on Business and Human Rights.

⁹⁰ Auf Englisch: State Duty to Protect, Corporate Responsibility to Respect, Access to Remedy.

⁹¹ <http://www.skmr.ch/de/themenbereiche/wirtschaft/artikel/meilensteine.html?zur=94> (07.10.2013).

4.3 Die Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte

Als Reaktion auf Übergriffe von privaten und staatlichen Sicherheitskräften auf ZivilistInnen haben die vier Länder USA, England, Holland und Norwegen im Jahre 2000 die *Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte*⁹² gegründet. Die Schweiz ist den Freiwilligen Prinzipien im Jahr 2011 beigetreten und übernahm im März 2013 für ein Jahr das Präsidium. Die Freiwilligen Prinzipien sind für die unterzeichnenden Firmen und deren Tochterunternehmen verpflichtend, wenn sie im Mehrheitsbesitz ihres jeweiligen Mutterkonzerns sind, nicht aber für Tochterunternehmen im Minderheitsbesitz. Die Initiative definiert einen Satz von Prinzipien, der Firmen anleitet, wie ihre Sicherheit unter Einhaltung der Menschenrechte gewährleistet werden kann. Um dies zu erreichen, sollen Firmen eine detaillierte Risikoanalyse durchführen. Zudem sollen sie die Regierungen und die lokalen Gemeinschaften zu ihren Vorhaben konsultieren und die Sicherheitsdienste über ihre ethischen Prinzipien und ihre Haltung zu den Menschenrechten aufklären. Ausserdem muss die Sicherheitspolitik der Firmen transparent und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Gemäss den Freiwilligen Prinzipien sollen staatliche Sicherheitskräfte die nationalen Gesetze einhalten, Schutzmassnahmen zur Einhaltung der Menschenrechte ergreifen und auf sorgfältige Art Aktivitäten verhindern, welche das Personal oder die Einrichtungen der Firmen gefährden. Falls Firmen die Ausrüstung von Sicherheitskräften finanzieren, wie zum Beispiel Waffen, verlangen die Prinzipien angemessene Massnahmen, um alle vorhersehbaren negativen Konsequenzen zu mindern. Des Weiteren enthalten die Freiwilligen Prinzipien einen Massnahmenkatalog für private Sicherheitskräfte.⁹³

Die Freiwilligen Prinzipien stehen zunehmend in der Kritik. Im April 2013 trat die Nichtregierungsorganisation *Oxfam* aus, am 3. Juni 2013 folgte *Amnesty International*. Der Hauptgrund liegt in der Frustration, dass kein bedeutender Fortschritt bezüglich unabhängiger Überprüfung erreicht worden sei und die Mitgliedsfirmen zu wenig Verantwortung übernähmen. Ein Bericht von *EarthRights International* und *The Centre for Environment, Human Rights and Development*, der im Mai 2013 zu Nigeria publiziert wurde, sowie eine Studie des *Sonderforschungsbereiches SFB 700* in der Demokratischen Republik Kongo vom Oktober 2011 kritisieren unter anderem die mangelnde Konsultation der lokalen Gemeinschaften, die schwachen Umsetzungsmechanismen und die dürftige Prävention von Konflikten. Zudem stellen sie in der Demokratischen Republik Kongo ein Spannungsfeld zwischen der Zusammenarbeit der Firmen mit staatlichen Sicherheitskräften einerseits und Erpressung der Firmen und der Lokalbevölkerung durch eben diese Sicherheitskräfte andererseits fest.^{94 95}

Auch die Situation in Peru zeigt die Grenzen der Freiwilligen Prinzipien auf. So hat sich die Mine Yanacocha ihnen verpflichtet. Trotzdem kam es im Jahre 2012 zum blutigsten Konflikt der letzten Jahre in diesem Land. Laut Angaben des Sekretariats der Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte trat der Rohstoffkonzern Xstrata, Besitzerin der Tintaya-Mine, den Freiwilligen Prinzipien im Dezember 2012 bei.⁹⁶ Bereits 2011 teilte Xstrata dem Global Compact mit, dass sie in

⁹² Voluntary Principles on Security and Human Rights, www.voluntaryprinciples.org

⁹³ Weitere Informationen auf <http://www.voluntaryprinciples.org/what-are-the-voluntary-principles/>

⁹⁴ Assessing and Improving the Voluntary Principles on Security & Human Rights, Lessons from the Nigerian Experience, May 2013, EarthRights International & The Centre for Environment, Human Rights and Development.

⁹⁵ SFB 700 – Governance in Areas of Limited Statehood: From Compliance to Practice – mining companies and the Voluntary Principles on Security and Human Rights, in the Democratic Republic of Congo, Tanja A. Börzel/ Jana Hönke, SFB-Governance Working Paper Series 25, October 2011.

⁹⁶ E-Mail-Korrespondenz zwischen der GfbV und dem Sekretariat der Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte vom 11. und 12. November 2013.

allen ihren Operationen die Freiwilligen Prinzipien einhalten würden.⁹⁷ Trotzdem unterhielt Xstrata, wie die Polizei bestätigte, einen geheim gehaltenen Vertrag mit der Nationalpolizei. Wie im Kapitel 3.3.2 beschrieben, eskalierte auch um diese Mine der Konflikt. Dies zeigt das Versagen der Freiwilligen Prinzipien auf.

Nach Xstratas Fusion mit Glencore erlosch die Mitgliedschaft von Xstrata, und die neu entstandene Glencore Xstrata unterzeichnete im Juli 2013 eine Absichtserklärung für den Beitritt zu den Freiwilligen Prinzipien und erarbeitet nun einen Aktionsplan für die Umsetzung.⁹⁸

Das Beispiel Antamina zeigt zudem, wie einfach Missbrauch betrieben werden kann: Antamina deklarierte mehrfach, sie sei Mitglied der Freiwilligen Prinzipien⁹⁹, was nicht stimmt. Nur Antaminas Minderheitsbesitzer BHP Billiton hat sich den Freiwilligen Prinzipien verpflichtet. Auf der Homepage verschwand der Hinweis auf die angebliche Mitgliedschaft erst, nachdem die GfbV beim Sekretariat der Freiwilligen Prinzipien nachgefragt hatte.¹⁰⁰

Diese Beispiele zeigen, dass die Freiwilligen Prinzipien oft nur als Feigenblatt-Strategie gebraucht werden, in Wirklichkeit aber, aufgrund mangelnder Kontrolle, kaum angewandt werden. Daher braucht es dringende Reformen: Die Mitgliedschaft muss verbindlich werden, die Standards verbessert, ein transparentes Reporting und Controlling eingeführt und ein klarer Beschwerdeprozess mit Sanktionsmöglichkeiten etabliert werden. Mittelfristig müssen die Freiwilligen Prinzipien für alle Rohstofffirmen verbindlich werden.

5 Die Verantwortung der Schweiz

5.1 Politische Verantwortung

Dem Bundesrat ist die Problematik der Rohstoffbranche bewusst. Im Grundlagenbericht Rohstoffe vom März 2013 unterstreicht er die grosse volkswirtschaftliche und finanzpolitische Bedeutung der Rohstoffbranche für die Schweiz und erkennt unter anderem, dass mit der Förderung dieser Branche „auch Reputationsrisiken für einzelne Unternehmen sowie für die Schweiz als Land“ einhergehen.¹⁰¹ Er stellt aber auch klar, dass damit „die Schweiz herausgefordert [ist], ihre attraktiven und verlässlichen Rahmenbedingungen – einschließlich einer wettbewerbsfähigen Besteuerung und eines effizienten Finanzplatzes – zu erhalten und zu stärken“.¹⁰²

Der Bundesrat formuliert seine Erwartungen an die Privatwirtschaft so: „Der Bundesrat erwartet von allen in oder aus der Schweiz operierenden Unternehmen ein integriertes und verantwortungsvolles Verhalten in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten sowie von Umwelt- und Sozial-

⁹⁷ Englischer Wortlaut im Original: “All Xstrata operations are committed to the Voluntary Principles on Security and Human Rights and in 2010, all Xstrata’s CBU’s reported on implementation of these Principles”, S. 1; http://unglobalcompact.org/system/attachments/11280/original/Xstrata_COP_2010.pdf?1311002081 (12.11.2013).

⁹⁸ <http://www.handelszeitung.ch/politik/bundesrat-holt-glencore-bord-482354> (10.10.2013).

⁹⁹ z. Bsp. <http://www.huaraznoticias.com/mineria/nota06396>

¹⁰⁰ E-Mail-Korrespondenz zwischen der GfbV und dem Sekretariat der Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte vom 12., 17. und 18. September 2013.

¹⁰¹ Grundlagenbericht Rohstoffe, Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat, 27.3.2013, http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/30133.pdf&sa=U&ei=gwpQUqmHCKqS4ASb1oHYBw&ved=0CB4QFjAA&usq=AFQjCNFQzhiAloVXg_zRFdTvpXqa21FLbQ, S. 2 (4.10.2013).

¹⁰² dito

standards im In- und Ausland. Vor allem in fragilen Staaten mit mangelhafter Gouvernanz sind Bevölkerung und Wirtschaft bei Nichteinhaltung internationaler Standards besonders betroffen.“

Der Bundesrat empfiehlt daher, „weiterhin für attraktive und verlässliche politische, ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen [zu] sorgen“ und „grundsätzlich multilaterale Standards im Rohstoffsektor um[zusetzen“. Um den Reputationsrisiken gerecht zu werden, setzt er unter anderem auf freiwillige Vereinbarungen wie die Extractive Industries Transparency Initiative, den Global Compact, die Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte, die Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte, die OECD- Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie die OECD Due Dilligence Guidance und geht nur dort verbindliche Reformen an, wo der Druck der G20, der USA oder der OECD genügend stark ist. Die Empfehlungen des Bundesrats an die Unternehmen erhalten damit vorwiegend Appellcharakter.

Eine besondere Verantwortung übernimmt die Schweiz bei den Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte. Bereits mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der Freiwilligen Prinzipien betont die Schweiz die Absicht, diese Prinzipien zu befürworten und zu fördern und speziell die Schweizer Firmen aus dem Rohstoffsektor, die im Ausland tätig sind, zur Unterzeichnung der Prinzipien zu gewinnen. Das Hauptziel des Schweizer Engagements als Mitglied ist es, die Initiative so zu stärken, dass sie effektiver wird und eine grössere Verantwortung bezüglich der Umsetzung der Prinzipien übernimmt. Zudem möchte die Schweiz Länder wie Peru und die Demokratische Republik Kongo überzeugen, die Freiwilligen Prinzipien anzuwenden und die praktische Umsetzung der Prinzipien in den Ländern und in den Firmen vor Ort zu verstärken und zur Entwicklung von Instrumenten zu Risikoanalysen beizutragen.¹⁰³ Dank dem Präsidium, das die Schweiz noch bis im März 2014 innehat, könnte sie eine entscheidende Rolle in der Verbesserung der vielen Mängel spielen.

5.2 Wirtschaftliche Verantwortung

Die Schweiz gehört weltweit zu den wichtigsten Drehscheiben für den Rohstoffhandel und für Gold. In einer sehr konservativen Schätzung geht die GfbV davon aus, dass mindestens ein Drittel des weltweit produzierten Goldes in einer Schweizer Raffinerie verarbeitet wird.¹⁰⁴ Im Jahre 2012 exportierte Peru über 50% des Minengoldes in die Schweiz. Von den neun weltweit grössten Goldraffinerien liegen vier in der Schweiz: Valcambi, Metalor, Argor Heraeus und PAMP. Valcambi importierte im ersten Quartal 2013 von der Minera Yanacocha 10'857 kg Gold, Metalor von 23 verschiedenen Exporteuren insgesamt 10'119 kg, und PAMP 1'542 kg.¹⁰⁵

Im Jahr 2012 war von sämtlichen peruanischen Exportfirmen Minera Yanacocha das Unternehmen, das mit 1,58 Milliarden US-Dollar den grössten Exportwert in die Schweiz aufwies.¹⁰⁶ Gemäss Recherchen der GfbV wird das Gold in der Schweizer Firma Valcambi raffiniert. Valcambi ist wiederum selber mehrheitlich im Besitze von Newmont Mining Corporation, wie auch Yanacocha.

Ein spezielles Augenmerk gilt der schweizerisch-britischen Glencore Xstrata. Durch den Besitz der Mine Xstrata Tintaya und die Minderheitsbeteiligung an der Mine Antamina ist sie an mindestens zwei Firmen beteiligt, die Verträge mit der Polizei eingegangen sind und wo in einem Falle die Kon-

¹⁰³ Fact Sheet: Switzerland's Engagement in The VPs;

[http://www.eda.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/topics/human/humri.Par.0068.File.tmp/Fact%20Sheet_Switzerland%27s%20Engagement%20%202012%20\(3\).pdf](http://www.eda.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/topics/human/humri.Par.0068.File.tmp/Fact%20Sheet_Switzerland%27s%20Engagement%20%202012%20(3).pdf) (22.9.2013)

¹⁰⁴ Gold - Die Rolle der Schweiz in einem schmutzigen Geschäft, http://assets.gfbv.ch/downloads/goldbericht_1.pdf, S. 3.

¹⁰⁵ Gemäss Analysen von öffentlich zugänglichen Datenbanken durch die GfbV.

¹⁰⁶ Reporte de Comercio Bilateral Perú-Suiza, II Trim-2013, S. 6.

flikte eskalierten. Glencore Xstrata trägt als Holding die Verantwortung für das Handeln ihrer Firmen und kann eine konstruktive Lösung bei den Konflikten um die Rohstoffnutzung vorschlagen. Die Unterzeichnung einer Absichtserklärung ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung – die friedliche Lösung der Konflikte vor Ort ist das Ziel.

Auch die Schweizer Banken sind involviert. Die Crédit Suisse gewährt zusammen mit Barclays Bank PLC der Rohstofffirma Sulliden Shahuindo eine Projektfinanzierung von bis zu 125 Mio. USD. Wie im Kapitel 3.3.4 beschrieben, besitzt auch Sulliden Shahuindo einen geheim gehaltenen Vertrag.¹⁰⁷

Bei solch grossen wirtschaftlichen Interessen sollte es ein besonderes Interesse der Schweiz sein, sich für ein menschenrechtskonformes Verhalten von Unternehmen einzusetzen.

6 Forderungen

Die systematischen Menschenrechtsverletzungen und die repressive Gewalt bei den Konflikten um den Rohstoffabbau müssen gestoppt werden. Die Autoren dieses Berichts fordern daher:

- **von der Regierung Perus:**
 - Die Veröffentlichung aller Verträge zwischen den Rohstofffirmen und der peruanischen Nationalpolizei sowie des peruanischen Militärs und die Einleitung eines Prozesses zur Annullierung solcher Verträge.
 - Die Unterzeichnung der Freiwilligen Prinzipien und die Ergreifung politischer Massnahmen zur friedlichen Lösung der Konflikte unter Einbezug aller betroffenen Bevölkerungsgruppen.
 - Die Respektierung der Rechte der Lokalbevölkerung, insbesondere ihr Recht auf das freie, informierte und vorherige Einverständnis.
 - Die Garantierung des Schutzes der Bevölkerung gemäss den Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte (State Duty to Protect).¹⁰⁸
 - Den Widerruf der Gesetze, welche friedliche Proteste kriminalisieren und die Einstellung der rechtlichen Verfolgung von regionalen Behörden und Führern von sozialen Organisationen und Umweltorganisationen.
 - Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich, wie im nationalen Kongress bereits gefordert wurde.¹⁰⁹

- **von den Minenbetreibern:**
 - Sofortige Annullierung der Verträge mit der Nationalpolizei sowie dem peruanischen Militär.
 - Beginn echter Verhandlungen mit sämtlichen betroffenen Bevölkerungsgruppen unter Berücksichtigung des Rechts auf das freie, informierte und vorherige Einverständnis.
 - Entwicklung einer Unternehmenspolitik unter Einhaltung der Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte (Corporate Responsibility to Respect), welche der Einhaltung der Menschenrechte gegenüber den wirtschaftlichen Interessen Vorrang gibt.

¹⁰⁷ <http://www.sulliden.com/English/News/News/News-Details/2012/Sulliden-enters-into-US125-million-project-finance-mandate-with-Credit-Suisse-and-Barclays-Bank-for-its-Shahuindo-Project1131/default.aspx> (15.11.2013)

¹⁰⁸ Guiding Principles on Business and Human Rights.

¹⁰⁹ www.congreso.gob.pe/congresista/2006/wcabrera/_mociones.asp?lg=20061&cg=05066&CurPage=2 (26.11.2013).

Polizei im Solde der Rohstofffirmen

Die Verantwortung der Schweiz und Peru für Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffbereich

- **von der Schweizer Regierung:**

- Die Verankerung einer verbindlichen Sorgfaltspflicht (Due Diligence) für multinationale Unternehmen und die Schaffung eines Gesetzesrahmens, welcher Klagen der Betroffenen beim Sitz der Mutterfirma in der Schweiz zulässt.
- Anstoss eines Reformprozesses während des Präsidiums und als Mitglied der Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte gemäss untenstehenden Forderungen an die Freiwilligen Prinzipien.

- **von den Verbrauchern der Rohstoffe:**

- Entwicklung einer Einkaufspolitik, die nur noch Rohstoffe von Produzenten berücksichtigt, welche mit dem Einverständnis der Lokalbevölkerung gewonnen und ohne Menschenrechtsverletzungen hergestellt wurden. Die Produktion muss zudem hohe Umwelt- und Sozialstandards erfüllen und mit einem glaubwürdigen Rückverfolgungssystem (Chain of Custody) versehen sein.

- **von den Freiwilligen Prinzipien:**

- Die Ächtung der direkten Finanzierung von Sicherheitskräften durch Rohstofffirmen.
- Die Durchsetzung der Einhaltung der Prinzipien, insbesondere der friedlichen Lösung der Konflikte, die Verbesserung der Prinzipien und den Aufbau eines robusten Reporting- und Monitoringsystems mit Sanktionsmechanismen, an dem auch zivilgesellschaftliche Organisationen und die betroffene Bevölkerung teilhaben.
- Schritte einleiten mit dem Ziel, dass die Freiwilligen Prinzipien verbindlich werden.

- **von den Vereinten Nationen:**

- Konkrete Initiativen zur verbindlichen Umsetzung der Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte basierend auf der staatlichen Pflicht zum Schutz der Menschenrechte (State Duty to Protect), der unternehmerischen Verantwortung zur Respektierung der Menschenrechte (Corporate Responsibility to Respect) sowie dem Zugang der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu Beschwerde- und Wiedergutmachungsmechanismen (Access to Remedy).

7. Annex: Informationen und detaillierter Vergleich der Verträge zwischen der Nationalpolizei Peru, dem Militär und den Minenunternehmen

Minera Yanacocha SRL.		Minera Xstrata Tintaya S.A./ BHP Tintaya S.A.		Compañía Minera Antamina S.A.		Minera Sulliden Shahuindo SAC	
Allgemeine Informationen							
Mine	Mine Yanacocha, Provinz Cajamarca, Region Cajamarca.	Mine Xstrata Tintaya, Provinz Espinar, Region Cusco.	Bis 2006: BHP Tintaya S.A.; seither: Mine Xstrata Tintaya, Provinz Espinar, Region Cusco.	Mine Antamina, Provinz Huari, Region Ancash	Projekt Shahuindo, Provinz Cajabamba, Region Cajamarca. Inbetriebnahme der Mine für 2014 geplant		
Besitzverhältnisse	51.35% Newmont Mining Corporation, 43.65% Compañía de Minas Buenaventura, 5% International Finance Corporation IFC	Seit 2006 100% Xstrata und seit der Fusion 2013 Teil der Gruppe Glencore Xstrata	Erweiterungsmine Tintaya Antapacay seit November 2012 aktiv.	33.75% Glencore Xstrata, 33.75% BHP Billiton, 22.5% Teck, 10% Mitsubishi Corporation	100% Sulliden Gold Corporation Ltd.		
Produkte	Gold		Kupfer, Nebenprodukt Gold	Kupfer-, Zink- und Molybdänkonzentrate, Nebenprodukte Silber und Blei.	Gold und Silber		
Mitgliedschaft bei "Freiwillige Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte"	Newmont Mining Corporation ist Mitglied, was auch Yanacocha wegen Mehrheitsbeteiligung verpflichtet.		2012: Beitritt Xstrata Juli 2013: Absichtserklärung zum Beitritt von Glencore Xstrata	Nein, aber Antamina deklarierte mehrfach, Mitglied zu sein. Nur BHP Billiton ist Mitglied.	Nein		
Inhalt der Verträge							
Hinweise auf Menschenrechte	Capacity Building der Nationalpolizei Peru bezüglich Menschenrechten und Sicherheit, nach vorgängiger Absprache.	Nicht bekannt		Antamina und die Nationalpolizei verpflichten sich in Anlehnung an ihr Menschenrechtsmanual und die "Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte" zum Schutz und zur Einhaltung der Menschenrechte.	Keine Angaben im Vertrag		
Name des Vertrags	Vertrag zur Erbringung von ausserordentlichen Dienstleistungen zusätzlich zur Polizeifunktion zwischen der Nationalpolizei von Peru, XIV-Territorialdirektion der Polizei von Cajamarca und der Mine Yanacocha SRL.	17 Zusatzklauseln zum Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen zur Bewachung, allgemeinen Sicherheit sowie Überprüfung und Kontrolle von chemischen Substanzen im Minencamp von Tintaya mit der Nationalpolizei von Peru.		Vertrag zur Erbringung von ausserordentlichen Dienstleistungen zusätzlich zur Polizeifunktion zwischen der Nationalpolizei von Peru und der Minera Antamina S.A.	Vertrag zur Erbringung von ausserordentlichen Dienstleistungen zusätzlich zur Polizeifunktion und der Nationalpolizei von Peru.		
Gültigkeit und Möglichkeit zur Verlängerung	31. März 2011 - 31. Dezember 2012, verlängert bis am 31. März 2013, verlängerbar.	1. Vertrag am 17. Februar 2000 unterzeichnet, ab 1. März 2000 für ein Jahr in Kraft. Der 17. Zusatzvertrag war bis zum 31. Mai 2006 gültig, verlängerbar. Der beigelegte Briefwechsel zwischen Innenministerium und Cooperación datiert vom 17. Oktober 2011 und erweckt den Eindruck, dass der Vertrag mit der Polizei weiterhin gültig sei.		Im Vertrag wird an einer Stelle 1 Jahr, an einer anderen 2 Jahre genannt. Unterzeichnet wurde er am 22. Juni 2012, verlängerbar.	2 Jahre, unterzeichnet am 1. Oktober 2009, verlängerbar.		
Explizite Geheimhaltungsklausel	Ja	Nicht bekannt		Nein	Ja		
Ziele des Vertrags	<ul style="list-style-type: none"> Festlegung der Begriffe und Bedingungen für die Sicherheitsdienste der Nationalpolizei Zusätzliche Sicherheit und Schutz für Minera Yanacocha, ihr Personal und Installationen Ausserordentliche institutionelle permanente Dienstleistungen der Nationalpolizei mit dem Ziel, der Ausübung von Delikten und Attentaten gegen die Personen, Güter, Maschinen und Installationen von Minera Yanacocha und ihren Auftragnehmern vorzubeugen. Präventionsmassnahmen und Patrouillen mit dem Ziel, Risiken aufzudecken, zu erkennen und zu neutralisieren. Erbringung von individualisierten Dienstleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> In Zusatzklauseln werden Vertragsverlängerung und Anzahl der Polizisten festgelegt (bis Mitte 2001: 8 Polizisten, mit einem schriftlichen Antrag veränderbar; ab 11. Juni 2001: 1 Offizier und 9 Unteroffiziere, ausgerüstet mit Waffen auf kurze und lange Distanz sowie Uniformen und Bettwäsche). 	<ul style="list-style-type: none"> Permanenter polizeilicher Sicherheits-, Kontroll- und Aufwachdienst für die Garantierung der normalen Abwicklung der Aktivitäten von Antamina im nationalen Interesse und mit strategischem Wert für die ökonomische Entwicklung des Landes. Individualisierte polizeiliche Dienstleistungen. Präventionsmassnahmen und Patrouillen mit dem Ziel, Risiken gegen das Personal und die Installationen von Antamina aufzudecken, zu erkennen und zu neutralisieren. 	<ul style="list-style-type: none"> Ausarbeitung von Koordinationsmechanismen für die Leistung von ausserordentlichen zusätzlichen polizeilichen Dienstleistungen Sicherheit, Überwachung und Schutz der Teams und der Anlagen des Unternehmens sowie Garantierung der Forschungs- und Abbaupraktiken sowie Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Mininggelände. Präventionsmassnahmen und Patrouillen, um Risiken sowie der Ausübung von Delikten und Attentaten vorzubeugen, aufzudecken und zu neutralisieren, die sich gegen Personen und die Installationen von Sulliden und Vertragspartner richten. 			

<p>Eingesetztes Personal</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Anzahl der Offiziere und Unteroffiziere nicht festgelegt. ● Individualisierte Dienstleistungen mit Polizisten in Ferien oder freie Mitarbeiter, wenn nötig Ergänzung durch diensthabendes Kontingent. ● 3 Schichten à 8h, Polizisten müssen während 24h ausgerüstet, uniformiert und im Bereitschaftszustand auf Gelände bleiben. ● Je 1 Koordinator von Minera Yanacocha und der Nationalpolizei. 	<ul style="list-style-type: none"> ● 1 Offizier, 9 Unteroffiziere, ausgestattet mit Waffen auf kurze und lange Distanz und Uniform. ● 1 weiterer Polizist, spezialisiert für Kontrolle der chemischen Produkte (ab 1. Januar 2002) ● 2 Angestellte des Geheimdienstes ● Anzahl kann auf Wunsch von Xstrata per Brief an Polizei verändert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Mind. 20 Polizisten, Anpassung der Anzahl je nach Notwendigkeit und Erfordernissen von Antamina und je nach Verfügbarkeit der Polizisten in der Basis. ● Polizeipräsenz während 24h am Tag. ● Ablösung des Personals alle 30 Tage, ausser in Ausnahmesituationen. 	<ul style="list-style-type: none"> ● 1 Offizier und 14 Unteroffiziere ● 3 Schichten à 8h, Polizisten müssen während 24h ausgerüstet, uniformiert und im Bereitschaftszustand auf Gelände bleiben. ● Individualisierte Dienstleistungen: Polizisten die Ferien haben und freiwillig teilnehmen.
<p>Verpflichtungen seitens Nationalpolizei</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Planung, Durchführung und Kontrolle der Sicherheitsdienstleistungen, Patrouillen. ● Personal zur Verfügung zu stellen, spezialisiert in Kontrolle von Menschenansammlungen, in Notfällen werden zusätzliche Einheiten eingesetzt. ● Sicherheitsdienst während 24h am Tag. ● Intervention der Nationalpolizei in speziellen Situationen, die sich direkt gegen die physische Integrität der Arbeiter, Unternehmer und Güter von MY auswirken. ● Weitere Dienstleistungen durch Polizeipersonal nach Absprache. ● Die Nationalpolizei kann weitere Unterstützung für Verbesserungen der Infrastruktur und Ausrüstung der Polizei zugunsten der Bevölkerung von Cajamarca durch die MY beantragen, braucht aber das Einverständnis von MY. 	<p>Keine Angaben in den Zusatzklauseln.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Aufleitung von Polizisten durch die Nationalpolizei für Präventionsmassnahmen und Patrouillen, um Risiken gegen Antaminas Personal, Anlagen und Ausrüstungen vorzubeugen, aufzudecken und zu neutralisieren und die normale Ausübung von Antaminas Tätigkeiten zu garantieren. ● Mobile Patrouille mit Fahrzeugen. ● Akten von Sabotage, Terrorismus und andere Bedrohungen gegen Personal, Anlagen, Maschinen und Teams von Antamina zuvorkommen, feststellen und neutralisieren. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Planung, Ausübung und Kontrolle des Spezial-Sicherheitsplans für den Schutz der Rechte der Minenarbeiter, Besitztümer und Anlagen von Sulliden. ● Gewährleistung des Schutzes der Beamten, Arbeiter und Unternehmer. ● Uniformierung und Bewaffung der Polizisten. ● Akten von Sabotage, Terrorismus und Bedrohungen gegen Personal, Anlagen und Teams zuvorkommen, feststellen und neutralisieren. ● Ernennung des Personals für nächtlichen Dienst. ● Auf Antrag von Sulliden stellt Nationalpolizei in Ausnahmesituationen und/oder im Notfall zusätzliche Polizisten zur Verfügung.
<p>Verpflichtungen seitens Firma</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Transport, Fahrzeuge, Unterkunft, Körperpflege und Verpflegung für Polizisten. ● Schutz des Materials oder logistischen Geräte für die Erfüllung der Funktionen des Polizeipersonals. ● Versicherung für das Polizeipersonal. ● Ev. Behandlung in der Hauptstadt oder im Ausland. ● Ausrüstung für Ausübung der Dienstleistungen der Polizisten. ● Kosten für Transport von anderen Polizeieinheiten. ● Juristische, permanente Gratisberatung für Polizeipersonal, das in juristische Prozesse wegen dieser Aktivitäten gerät. ● Flug- und Transportkosten des Direktors oder seines Stellvertreters nach Lima. ● Schriftlicher Antrag von Minera Yanacocha für zusätzliche Sicherheitsdienste der Nationalpolizei. Im Notfall: telefonisch anfordern und später schriftlich bestätigen. 	<p>Anzahl kann auf Wunsch der Xstrata per Brief an Polizeieinheit variieren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Versicherung für Unfälle des Polizeipersonals während ihrem Einsatz ● Finanzielle und logistische Unterstützung von Investitions- und Entwicklungsprojekten, die die Nationalpolizei gestaltet, um ihre Zwecke und institutionellen Ziele für die Dienste für die Gemeinschaft im allgemeinen zu erfüllen. ● Material für Antamina: 1 Computer mit Internetzugang, 1 internes Telefon mit dem Netz von Antamina, 2 Kofferradios, 1 Handy. ● Transportmittel und Verpflegung der Polizisten. ● Logistische Hilfsmittel. ● Medizinische Hilfe für Polizisten. ● Weitere Erleichterungen zur Lagerung und Bewachung des logistischen Materials. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Versicherung für Unfälle des Polizeipersonals während des Einsatzes. ● Medizinische Hilfe, Medikamente und Hospitalisierung für Polizisten, Kosten für medizinische Versorgung. ● Unterkunft, Verpflegung, Mobilier, Kommunikationsausrüstung und Transport für die Polizisten. ● Weitere Erleichterungen zur Lagerung und Bewachung des logistischen Materials. ● Im Notfall oder in Ausnahmesituationen betreffend Rechte der Minenarbeiter kann Sulliden die Unterstützung der Polizei auf dem Gelände und Anlagen verlangen.

<p>Direkte Bezahlung an die Polizisten</p>	<p>Monatlich 0,11% der steuerbaren Einheit (Unidad Impositiva Tributaria - UIT) zur Entschädigung der logistischen oder administrativen Kosten der Nationalpolizei.</p> <p>Einsatz der Polizisten in der Mine:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Offiziere S/. 38.- pro Tag • Unteroffiziere S/. 18.- pro Tag <p>Dienst auf der Strasse Küste-Cajamarca:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Offiziere S/. 48.- pro Tag • Unteroffiziere S/. 28.- pro Tag <p>Dienst an Orten ohne Unterkunft und Verpflegung: S/. 78.- pro Tag</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einsatz am 28. und 29. Juli und am 25. und 31. Dezember: doppelte Entschädigung. • Zusätzlich: ev. Spezialbonus aufgrund der Entfernung von ihrem Zuhause. 	<p>Seit 11. Juli 2007 erhalten alle Polizisten, die im Dienst stehen, direkt und persönlich alle zwei Wochen folgende Entlohnung, welche Bonus, Essen und Reisekosten beinhaltet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorsteher der 10. Region der Nationalpolizei, General Carlos Enrique Villacorta Saco, S/. 850.- • Vorsteher in Cusco S/. 350.- (ab 3. Zusatzklausel) • Vorsteher der Geheimdienste S/. 350.- (ab 4. Zusatzklausel) • Chefmajorkommissar des Kommissariats in Espinar: S/. 350.- • Personal der Polizeikommandos von Tintaya S/. 641,60.- (ab 2. Zusatzklausel auf S/. 802.- erhöht) • Polizeipersonal in Cusco S/. 802.- • Kommando Sicuan S/. 350.- • Personal des Geheimdienstes S/. 802.- (ab 4. Zusatzklausel) <p>Zusätzliche 10% des Totals geht an die Wohlfahrtsstiftung der Nationalpolizei.</p> <p>Nicht bekannt</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Offiziere und Unteroffiziere: 0,53% des UIT, gültig für den Tag der Ausübung der Dienstleistung, pro Stunde Arbeit (max. 8h täglich). • Übrige Unteroffiziere: 0,35% des UIT. • Einsatz am 28. und 29. Juli und am 25. und 31. Dezember: doppelte Entschädigung. • Zusätzlich zahlt Antamina der Nationalpolizei 0,11% der UIT entsprechende Betrag. <p>Laut dem Zeitungsartikel "Policía mercenaria" (Hilfsbrand en sus Trece, April 2013) verdienen die Offiziere S/. 19.- pro Stunde, Unteroffiziere S/. 13.- pro Stunde.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Polizisten: S/. 100.- pro Tag • Offiziere: S/. 120.- pro Tag
<p>Entschädigung aus Krankenversicherung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Todesfall: 20'000 US\$ • Bleibende Arbeitsunfähigkeit/ Invaldität: 18'000 US\$ • Kuren bei schweren Verletzungen: bis 10'000 US\$ • Kuren bei leichten Verletzungen: bis 3'500 US\$ • Bestattung: 3'500 US\$ • Krankentransporte: bis 100% 	<p>Nicht bekannt</p>	<p>Ähnlich wie bei Minera Yanacocha</p>	<p>Ähnlich wie bei Minera Yanacocha</p>
<p>Ersetzung von kaputten Waffen und Ausrüstung</p>	<p>Minera Yanacocha deckt die Kosten für die Aufrechterhaltung und Reparatur der Ausrüstung und Zubehör und ersetzt die Uniformen der Polizei, die als Folge eines Einsatzes zerstört wurde, ausser wenn es als Folge von Nachlässigkeit des Polizeipersonals passierte.</p>	<p>Nicht bekannt</p>	<p>Antamina übernimmt die Kosten für den Einsatz der Bewaffnung der Polizisten im Fall des Verlusts als Konsequenz von Konfrontationen mit verbrecherischen Terroristen, Gemeinschaften oder Gruppen, die im Wirkungsbereich organisiert sind, auch während den Verschiebungen der Ablösung des Personals von der Basis von Lima zum Einsatzort und umgekehrt. Antamina ist nicht verpflichtet, die Kosten für die Ersetzung einer Ausrüstung zu übernehmen, wenn der Verlust auf Nachlässigkeit oder verbrecherische Akte seitens der Polizisten zurückgeht.</p>	<p>Auf das Konto wird monatlich eine Summe, die 20% des Lohnes der Polizisten entspricht, einbezahlt, das Geld wird für die Ausrüstung und Einsatz der Polizeieinheit verwendet, gemäss ihrer Bedürfnisse und Wünsche.</p>

Gold Fields La Cima S.A.		Compañía Minera Santa Luisa S.A.		Compañía Minera Coimolache		Compañía Minera Afrodita (Vertrag mit dem Militär)	
Allgemeine Informationen							
Mine	Projekt Cerro Corona, Provinz Hualgayoc, Region Cajamarca	Mine Huanzalá, Provinz Bolognesi, Region Ancash	Projekt Tantahtuay, Provinz Hualgayoc, Region Cajamarca	Mine Afrodita, Provinz Condorcanqui, Region Amazonas			
Besitzverhältnisse	100% Gold Fields La Cima S. A.	100% Compañía Minera Santa Luisa S.A.	44.2% Soulfem Perú, 40.1% Buenaventura, 15.7% Espro S.A.C.	Compañía Afrodita S.A.C.			
Produkte	Gold und Kupfer	Zink und Blei	Gold, Silber, Kupfer	Gold und Silber			
Mitgliedschaft bei "Freiwillige Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte"	Nein	Nein	Nein	Nein			
Inhalt der Verträge							
Hinweise auf Menschenrechte	Keine Angaben im Vertrag						
Name des Vertrags	Vertrag zur Erbringung von ausserordentlichen Dienstleistungen für die zwischen der Nationalpolizei von Peru und der Gold Fields La Cima S.A.	Kooperationsvertrag zur Erbringung von ausserordentlichen Dienstleistungen zusätzlich zur Polizeifunktion zwischen der Compañía Minera Santa Luisa S.A. und der Nationalpolizei von Peru.	Keine Angaben im Vertrag	Vertrag zur Erbringung von ausserordentlichen Dienstleistungen zusätzlich zur Polizeifunktion zwischen der Nationalpolizei von Peru und der Compañía Minera Coimolache.	Keine Angaben im Vertrag		
Gültigkeit und Möglichkeit zur Verlängerung	2 Jahre, unterzeichnet am 11. Januar 2010, verlängerbar.	1-2 Jahre, unterzeichnet am 5. März 2009, verlängerbar.	Nein	2 Jahre, unterzeichnet am 31. August 2010, verlängerbar.	2 Kalenderjahre, seit dem 3. Mai 2010, Automatisch verlängerbar.		
Explizite Geheimhaltungsklausel	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein		
Ziele des Vertrags	<ul style="list-style-type: none"> Garantierung von permanenten ausserordentlichen, zusätzlichen institutionellen Dienstleistungen durch die Nationalpolizei für die normale Abwicklung der administrativen und produktiven Aktivitäten von Gold Fields. Schutz und Sicherheit bieten. Präventionsmassnahmen und Patrouillen, um mögliche Risiken zu entdecken und sie zu neutralisieren sowie die Begehung von Delikten oder gewalttätigen Akten zu verhindern. Erbringung von individualisierten Dienstleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> Ausarbeitung von Koordinationsmechanismen, um ausserordentliche und zusätzliche polizeiliche Dienstleistungen zu ermöglichen. Präventionsmassnahmen und Patrouillen durch die Nationalpolizei, um Risiken gegen Personen und Installationen von Santa Luisa richten, und die normale Entwicklung der Minenaktivitäten garantieren. 	<ul style="list-style-type: none"> Garantierung von permanenten ausserordentlichen, zusätzlichen institutionellen Dienstleistungen durch die Nationalpolizei für die normale Abwicklung der administrativen und produktiven Aktivitäten von Minera Coimolache. Schutz und Sicherheit bieten. Präventionsmassnahmen und Patrouillen, um mögliche Risiken aufzudecken und sie zu neutralisieren sowie die Begehung von Delikten oder gewalttätigen Akten jeglicher Art zu verhindern Erbringung von individualisierten Dienstleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> Die Parteien verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Ziel: Verbesserung der infrastrukturellen Bedingungen der sechsten Brigade. 			
Eingesetztes Personal	<ul style="list-style-type: none"> 1 Offizier und 9 Unteroffiziere 3 Schichten à 8h, Polizisten müssen während 24h ausgerüstet, uniformiert und im Bereitschaftszustand auf dem Gelände bleiben Je 1 Koordinator seitens Gold Fields und der Nationalpolizei Individualisierte Dienstleistungen mit Polizisten, in ihren Ferien oder Freizeit 	<ul style="list-style-type: none"> Mind. 1 Offizier und 14 Unteroffiziere. Je 1 Koordinator seitens Santa Luisa und der Nationalpolizei. Polizisten müssen während 24h ausgerüstet und uniformiert auf Gelände bleiben. 	<ul style="list-style-type: none"> 1 Offizier der Nationalpolizei und 29 einheitlich ausgerüstete Unteroffiziere. 3 Schichten à 8h Polizisten leisten je eine Schicht pro Tag, die restliche Zeit müssen sich diese im von Coimolache zugewiesenen Gelände ausgerüstet und uniformiert aufhalten. Bei zusätzlichen Dienstleistungen: das Polizeipersonal wird für die zusätzliche Dienstzeit bezahlt. 	<ul style="list-style-type: none"> Armeepersonal, Personal der sechsten Brigade. Ohne genaue Zahl. 			

<p>Verpflichtungen seitens Nationalpolizei</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Permanente und ausserordentliche, zusätzliche institutionelle Dienstleistungen durch die Nationalpolizei zur Garantierung der normalen Abwicklung der administrativen und wirtschaftlichen Tätigkeiten von Gold Fields. ● Schutz und Sicherheit für Personal, Besitztümer und Anlagen der Mine und für die Unternehmer. ● Die Polizei (...) schützt Arbeiter und Grundstücke der Mine gegen jegliche Art von schädigenden Akten wie Sabotage, Terrorismus, Blockaden, Zerstörungen, Attentate und weitere Akte, für welche die Prävention oder Kontrolle der Polizei notwendig ist. ● Lager von Nitrat, Sprengstoff und Zündsätze sichern und schützen. ● Permanente Kontrollgänge zu Fuss, mit Pferd oder im Fahrzeug. ● Ständige Patrouille auf der Strasse Bambamarca - Hualgayoc - Cajamarca. ● Vorbeugung von widerrechtlichen und attentäterischen Akten gegen die öffentliche Ordnung. ● Koordination der Aktivitäten der Nationalpolizei mit dem Überwachungspersonal von Gold Fields. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicherheitsdienst während 24h am Tag. ● Patrouilleneinsätze ● Akten von Sabotage, Terrorismus und Bedrohungen gegen das Personal, Anlagen und Einrichtungen von Santa Luisa vorbeugen, erkennen und neutralisieren. ● Die Nationalpolizei muss dafür sorgen, dass die Polizisten fähig und physisch, mental und moralisch tauglich sind, um ihre Funktionen und Pflichten auszuüben; zudem müssen diese mit der entsprechenden Bewaffnung und Uniform ausgerüstet sein. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Präventionsmassnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung. ● Schutz und Sicherheit für Personal, Besitztümer und Anlagen der Mine und für das Unternehmen. ● Die Polizei berücksichtigt Klagen zu Delikten und Fehlern, schützt Arbeiter und Grundstücke der Mine gegen alle Arten von schädigenden Akten wie Sabotage, Terrorismus, Blockaden, Zerstörungen, Attentate und weitere Akte, für welche die Prävention und Kontrolle der Polizei notwendig ist. ● Polizeiliche Dienstleistungen mittels unangekündigten Patrouillen in den Sprengstoff- und Zündsatzlagern der Mine. ● Permanente Kontrollgänge zu Fuss, mit Pferd oder im Fahrzeug in der Umgebung der Mine, um illegale Aktivitäten und terroristische Handlungen vorzubeugen. ● Konstante Patrouille auf der Strasse Cajamarca - Hualgayoc und andere Zugänge, um dem Minenpersonal und dem Unternehmen Sicherheit zu gewähren. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Transport des Armeepersonals bis zum Areal der Minenkonzessionen ● Sicherheit ● Kommunikation
<p>Verpflichtungen seitens Firma</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Entschädigung für Unterkunft, Verpflegung und Transport. ● Medizinische Unterstützung und Krankentransport ins medizinische Zentrum, wenn nötig auch nach Lima. ● Transport oder Benzin für Polizeipersonal. ● Finanzielle und logistische Unterstützung für die Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Nationalpolizei. ● Finanzieller Beitrag von S/ 100'000.- für den Bau eines Gebäudes der Nationalpolizei in Hualgayoc. ● Finanzieller Beitrag für die Anschaffung eines Kriminalkoffers mit dem entsprechenden Zubehör für die Polizeieinheit. ● Notwendige Mittel für die Nationalpolizei gemäss ihren Wünschen, z.B. 4x4-Fahrzeuge oder Pferde ● Krankenversicherung für Polizisten. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Kommunikationsausrüstung für diensthabende Offiziere. ● Verpflegung und Unterkunft für Polizisten. ● Transport der Nationalpolizei bei der Ablösung. ● Versicherung für persönliche Unfälle des Polizeipersonals während ihrem Einsatz. ● Notwendige Mittel zur Lagerung und Bewachung des logistischen Materials der Polizei. ● Finanzielle und logistische Unterstützung für die Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Nationalpolizei. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Logistische Unterstützung für die Überführung der polizeilichen Ausrüstung von Lima nach Cajamarca. ● Reisegeld für Polizeipersonal auf der Reise nach Lima zum Kommando der Nationalpolizei. ● Medizinische Verpflegung für Krankheitsfälle im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen ● Transport oder Benzin für Polizeipersonal für die Reise von Cajamarca zum Minencamp und umgekehrt. ● Krankenversicherung für Polizisten. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Sicherstellung von medizinischer Versorgung und Medikamenten. ● Strom im Firmengelände ● Transport des Personals zum Militärcamp.

<p>Direkte Bezahlung an die Polizisten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Polizisten erhalten als finanzielle Kompensation maximal 0,25% pro Stunde des UIT. • Offiziere mit Status Kommandant bis Major: S/. 150.- • Offiziere mit anderem Status: S/. 120.- • Unteroffiziere: S/. 100.- • Einsatz am 28. und 29. Juli und am 25. und 31. Dezember: doppelte Entschädigung • Wenn keine Unterkunft und Verpflegung: Major S/. 180.-, Kommandant, Leutnant oder Fähnrich S/. 160.-, Unteroffiziere S/. 140.-. 	<ul style="list-style-type: none"> • Offiziere: S/. 100.- pro Tag • Unteroffiziere: S/. 80.- pro Tag 	<ul style="list-style-type: none"> • Offiziere der Nationalpolizei, Befehlshaber, Majore: 0,25% des UIT, gültig für den Tag der Ausübung der Dienstleistung, pro Stunde Arbeit, also S/. 18.75.- pro Stunde (8h Arbeit täglich). • Offiziere der Nationalpolizei im Dienste als Leutnant oder Fähnrich: 0,43% des UIT, also S/. 16,48.- pro Arbeitsstunde • Unteroffiziere der Nationalpolizei: 0,34% des UIT, gültig für den Zeitraum der Ausübung der Dienstleistung, also S./ 12.50.- pro Arbeitsstunde (8h Arbeit täglich). • Einsatz am 28. und 29. Juli und am 25. und 31. Dezember: doppelte Entschädigung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Jährliche Auszahlung von S/. 80.000.-, aufgeteilt in 4 trimestrale Zahlungen von S/. 20.000.-
<p>Entschädigung aus Krankenversicherung Ersetzung von kaputten Waffen und Ausrüstung</p>	<p>Ähnlich wie bei Minera Yanacocha</p> <p>Gold Fields bezahlt monatlich auf das Konto der Nationalpolizei folgendes ein: Pro Stunde 0,11% des UIT, das direkt für die Nationalpolizei bestimmt ist, um die logistischen und administrativen Kosten zu decken, welche bei der Nationalpolizei für die zusätzlichen Dienstleistungen anfallen.</p>	<p>Ähnlich wie bei Minera Yanacocha</p> <p>Auf das Konto wird monatlich eine Summe, die 20% des Lohnes der Polizisten entspricht, einbezahlt. Das Geld wird für die logistischen, administrativen und weiteren Kosten verwendet.</p> <p>Santa Luisa muss die Kosten für den Ersatz der Bewaffnung der Polizisten im Fall von Verlust der Ausrüstung übernehmen, als Konsequenz von Konfrontationen mit verbrecherischen Terroristen, Gemeinschaften oder Gruppen, die innerhalb des Einflussbereichs organisiert sind, auch während des Transports des Personals von der Basis in Lima zum Einsatzort und umgekehrt.</p>	<p>Ähnlich wie bei Minera Yanacocha</p> <p>Betrag wird monatlich auf das Konto der Nationalpolizei bezahlt. Zur Deckung der logistischen und administrativen Kosten der Nationalpolizei während ausserordentlichen Einsätzen.</p>	<p>Keine Angaben im Vertrag</p> <p>Die oben angeführten Beträge werden nur für den Kauf von Ausstattung und Materialien, auf Antrag der sechsten Brigade, eingesetzt.</p>